

AK Tirol TIROLER ARBEITERZEITUNG

Österreichische Post AG | Postentgelt bar bezahlt | Verlagsort 6020 Innsbruck | RM 12A039146 K

ZEITUNG FÜR ARBEIT UND KONSUMENTENSCHUTZ DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR TIROL

7. JG., JUNI 2015 | NR. 75

KOMMENTIERT

Mehr Geld für Sie



AK Präsident Erwin Zangerl

Lohnsteuer runter, Lohnsteuer senken: Die Forderungen von AK und ÖGB sind seit einem Jahr ein politischer Dauerbrenner. Man vergisst so schnell: Noch Anfang Mai 2014 ließ der damalige Finanzminister Michael Spindelegger die Menschen wissen, dass es mit ihm in den nächsten Jahren sicher keine Lohnsteuerreform geben werde. Der heftige Widerstand formierte sich im Westen. Die beiden Arbeiterkammern von Tirol und Vorarlberg bildeten eine starke Achse. Denn die Arbeitnehmer tragen mit der Lohnsteuer und der Umsatzsteuer bereits zwei Drittel der gesamten Steuerlast in Österreich. „Jetzt ist Schluss, Steuern runter“, tönte es aus Feldkirch und Innsbruck.

Und heute: Der damalige Finanzminister ist längst – nicht zuletzt wegen seiner sturen Haltung – zurückgetreten, und eine österreichweite Unterschriftenaktion von AK und ÖGB mit mehr als 880.000 Unterstützern hat die Regierung endlich zum Umdenken gebracht.

Jetzt können wir berichten: „Für Sie erreicht!“ Ab 2016 wird die Lohnsteuer gesenkt, und zwar spürbar. Geschäft haben es alle Arbeitnehmer gemeinsam, geholfen hat die AK. Als nächstes geht es darum, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Ähnlich wie bei der Lohnsteuerreform wird die AK massiv Druck machen und auf ein Konjunkturpaket drängen.



An die Arbeit. Das AK Konjunkturprogramm für Beschäftigung und Wohlstand in Tirol.

Foto: goadur/fofida.com

Jetzt geht es um jeden Arbeitsplatz

Land am Zug. Die AK Tirol pocht auf mehr Beschäftigung: Möglich gemacht durch ein innovatives Konjunkturprogramm.

Rekordarbeitslosigkeit, sinkende Löhne, teures Leben und Wohnen in Tirol. „Das nehmen wir nicht länger hin! Politik und Wirtschaft müssen ihrer Verantwortung nachkommen und in den Standort Tirol wieder intelligent und nachhaltig investieren“, findet AK Präsident Erwin Zangerl klare Worte. „Die Arbeitnehmer-Familien können weder ihre Arbeitsleistung auslagern, noch ihre Löhne in Steueroasen verstecken. Wir stehen zu unserem Land und zeigen täglich durch unseren Einsatz und unsere Leistung, was in Tirol möglich ist. Jetzt müssen auch Wirtschaft und Industrie diesen Wahrheitsbeweis antreten. Vom Jammern und Demonstrieren kommt allerdings kein Wirtschaftsaufschwung zustande. Da muss endlich wieder investiert werden, in den Betrieben und den öffentlichen Einrichtungen. Auch das Land ist gefordert, hier zu handeln“, so der AK Präsident.

Denn am meisten sorgen sich die Tirolerinnen und Tiroler um ihre

berufliche Zukunft und das Fortkommen ihrer Kinder. Zangerl: „Der Standort Tirol muss für uns Bürger, die wir hier leben, arbeiten und unsere Steuern erbringen, attraktiver werden, nicht nur für die Gäste.“

Die AK Tirol hat deshalb dem Land ein umfangreiches Konjunkturprogramm vorgelegt, „denn Tirol benötigt dringend gute Arbeitsplätze, in genügender Zahl, ganzjährig und Vollzeit, in allen Regionen.“ Angesichts von fast 26.000 Arbeitslosen und einem extrem hohen Preisniveau für Leben und Wohnen, besteht dringender Aufholbedarf im Land. Eine besonders negative Entwicklung nahm die Arbeitslosigkeit der Älteren. Die Zahl der Arbeitslosen im Alter 50+ nahm innerhalb der letzten vier Jahre um 61,6 % zu!

Zangerl: „Wir haben wichtige Vorschläge für eine gute Zukunft vorgelegt – jetzt müssen Politik und Wirtschaft alles daran setzen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, um den Aufschwung sicherzustellen.“

Mehr auf den Seiten 6 und 7

ZAHLENSPIELE



... rund 89.000 Arbeitnehmerinnen in Tirol sind in Teilzeit beschäftigt. Damit arbeitet jede zweite berufstätige Frau hierzulande in Teilzeit und das, obwohl Teilzeitarbeit massive Auswirkungen auf Karriere- und Berufschancen hat und nicht das Einkommensniveau einer Vollzeitarbeit bietet. So lag das Durchschnittseinkommen einer teilzeitbeschäftigten Frau 2013 in Tirol bei 964 Euro netto monatlich im Gegensatz zu 1.682 Euro netto bei Vollzeitarbeit. Halber Lohn bedeutet auch halbe Pension. Das gilt nicht nur für die Arbeitnehmerinnen in Tirol, sondern für die mehr als 1,1 Millionen Teilzeitbeschäftigten, die es derzeit in Österreich gibt.

Mehr dazu auf Seite 9

AK SCHWAZ

Infos & Tipps für werdende Eltern



Foto: Dany/fofida.com

Mit einer Schwangerschaft beginnt immer ein neuer Lebensabschnitt. Auch im Alltag ändert sich vieles. Und wenn ein Baby unterwegs ist, tauchen viele Fragen auf: Wie schaut es aus mit Mutterschutz, Wochengeld, Karenz, Elternteilzeit, Kinderbetreuungsgeld und Familienbeihilfe? Was muss wem und wann gemeldet werden? Es gibt eine Reihe an Vorschriften, die werdende Eltern kennen sollten. Antworten auf die wichtigsten Fragen erhalten angehende Mütter und Väter beim kostenlosen Infoabend in der AK Schwaz am Donnerstag, 11. Juni, um 19 Uhr.

Achtung: Möglichst rasch anmelden unter 0800/22 55 22 – 3752 oder schwaz@ak-tirol.com

ARBEITSVERTRÄGE

Kampf gegen widrige Klauseln



Foto: Tommy/fofida.com

Noch immer verwenden einige Arbeitgeber gezielt gesetzeswidrige Klauseln in ihren Verträgen. Dem gilt es einen Riegel vorzuschieben. Deshalb forderte die AK Tirol in ihrer Vollversammlung den zuständigen Bundesminister auf, einen Gesetzesvorschlag einzubringen, wonach gegen rechtswidrige Arbeitsvertragsformulare vorgegangen werden kann. Und zwar in gleicher Weise wie im Konsumentenschutzrecht – mit einem Verbandsklageverfahren. Dadurch müsste etwa kein einzelner Arbeitnehmer gegen seinen Arbeitgeber während des laufenden Arbeitsverhältnisses vorgehen und die Entscheidung würde alle Arbeitnehmer des Unternehmens – auch zukünftig – vor nachteiligen Klauseln schützen.

FACTS ZUR NACHHILFE

Monitoring.
Die aktuelle AK Studie zur Nachhilfe spiegelt eine triste Situation wider: Bedarf, aber auch Ausgaben steigen.



Mathe-Angst

Am häufigsten wird in Tirol mit 65 % in Mathematik Nachhilfe genommen, gefolgt von Fremdsprachen (39 %) und Deutsch (22 %). Weil sich Mathematik aber mehr und mehr zum „Angstfach“ entwickelt, fordert die AK Tirol eine Ursachenforschung. Offenbar besteht hier ein massives pädagogisches Problem: Viele Lehrer sind zwar fachlich gut ausgebildet, haben aber nicht gelernt, wie sie ihr Wissen weitergeben. Und solange sich bei Wissensvermittlung und Lehrstoff nichts Gravierendes ändert, wird der Nachhilfebedarf unverändert hoch bleiben.

Geschäft

Zwölf Prozent der befragten Tiroler Eltern gaben an, dass ihnen von der Schule nahegelegt worden war, für ihr Kind doch eine externe Nachhilfe in Anspruch zu nehmen. In jedem zweiten Fall wurde die Nachhilfe regelmäßig während des ganzen Jahres benötigt. Damit werden aber ganz klar schulische Aufgaben auf Kosten der privaten Haushalte ausgelagert, und zwar überwiegend an Lehrpersonen und private Nachhilfinstitute. Wie die Studie zeigt, wurden in Tirol für die bezahlte Nachhilfe in erster Linie Lehrer eingesetzt (46 %), gefolgt von Nachhilfinstituten (27 %).

119 Millionen

Österreichweit würden 230.000 Schüler Nachhilfe benötigen. 130.000 von ihnen erhielten im ablaufenden Schuljahr bezahlte Nachhilfe. Und dafür mussten die betroffenen Eltern im Schnitt pro Kind 657 Euro ausgeben, macht insgesamt 119 Millionen Euro, um 10 Millionen mehr als noch im letzten Schuljahr. 60.000 Schüler wurden gratis unterstützt (von Verwandten, Bekannten, kostenlosen Einrichtungen etc.). Für weitere 40.000 Kinder und Jugendliche können sich die Eltern diese Ausgaben nicht leisten, und geeignete Gratis-Angebote fehlen.

8 Millionen für Nachhilfe

Schlechtes Zeugnis. Jede vierte Tiroler Familie mit Schulkindern musste heuer Nachhilfe engagieren und gab rund 633 Euro aus. Die AK pocht auf Reformen.



Vergleicht man Österreich mit skandinavischen Ländern, so zählt es zu jenen, die pro Schüler am meisten Geld ausgeben. Vor diesem Hintergrund gibt der dramatische Anstieg beim Nachhilfebedarf allerdings nur noch mehr zu denken. Denn Tirols Eltern müssen immer öfter und immer tiefer in die Tasche greifen, um ihren Kindern einen erfolgreichen Schulbesuch bzw. Abschluss zu ermöglichen. Das ist die wenig erfreuliche Quintessenz der AK Studie „Nachhilfe in Tirol 2015“. Und während der Regelschulbetrieb offenkundig viele Antworten zum Lehrstoff schuldig bleibt, schafft er einen ganzen Wirtschaftszweig, von dem vorwiegend Lehrer und Nachhilfinstitute profitieren (siehe Beitrag oben)!

Ausgaben steigen. Insgesamt werden in Tirol im ausklingenden Schuljahr 2014/15 (inklusive Sommer 2014) rund 8 Millionen Euro ausgegeben, um 2 Millionen Euro mehr, als noch im Jahr zuvor. Dieser enorme Anstieg ist dadurch zu erklären, dass 24 %

So nicht. Von 6 auf 8 Millionen stiegen die Ausgaben für Nachhilfe in Tirol seit letztem Schuljahr.

der Tiroler Eltern für zumindest ein Kind Nachhilfe engagieren mussten – und hier der Anteil der bezahlten Nachhilfe von 15 auf 18 % zugenommen hat.

633 Euro pro Haushalt. Im Schnitt muss jeder betroffene Haushalt in Tirol für Nachhilfe im Schuljahr 2014/15 inkl. vorangegangener Sommerferien 633 Euro ausgeben, also um 14 Euro mehr als im Schuljahr 2013/14. „Angesichts solcher Ergebnisse sollten wir von Endlosdebatten doch endlich zum Handeln übergehen“, fordert AK Präsident Erwin Zangerl Reformen, wie den Ausbau der schulischen Fördermaßnahmen (mehr dazu im Beitrag rechts). „Die Politik darf nicht länger tatenlos zusehen, wie Bildung wieder zu einem Privileg wird. Es geht um die Zukunft unserer Jungen und damit auch um unsere Zukunft und die unseres Landes!“

Studien-Details:

- 24 % der Tiroler Eltern hatten im Schuljahr 2014/15 (inkl. Sommer 2014) für zumindest eines ihrer Kinder eine private Nachhilfe.
- Der Gesamtbedarf beläuft sich allerdings auf 33 %. Hier sind auch jene Eltern berücksichtigt, die keine externe Nachhilfe engagieren konnten – wegen zu hoher Kosten, oder weil kein passender Nachhilfelehrer zu finden war.
- Bei der externen Nachhilfe handelte es sich vorwiegend um bezahlte Nachhilfe (18 %). Diese nahm in Tirol gegenüber dem Vorjahr um 3 Prozentpunkte zu.
- Bezogen auf Schüler bedeutet dies, dass 15 % der Schüler in Tirol Nachhilfe in Anspruch genommen haben, bei 11 % von ihnen wurde dafür bezahlt.

• Zum Glück macht sich der enorme Aufwand auch bezahlt: In 8 von 10 Fällen wird das Ziel der Nachhilfe erreicht und die Note verbessert.

„Am meisten für Nachhilfe geben übrigens Eltern von Schülern der AHS-Oberstufe aus. Im Österreich-Schnitt sind dies 876 Euro pro Kind“, zitiert AK Präsident Erwin Zangerl aus der Studie. „50 % der Eltern fühlen sich dadurch stark belastet. Und Familien mit niedrigerem Einkommen können sich Nachhilfe gar nicht mehr leisten! Damit ist der Schulerfolg der Kinder noch stärker vom Einkommen der Eltern abhängig geworden.“

So wurde erhoben. Für das AK Nachhilfemonitoring, eine repräsentative Studie, wurden im März und April 2015 vom „IFES - Institut für empirische Sozialforschung GmbH“ bundesweit 3.347 Haushalte mit Schulkindern befragt, davon 300 Haushalte mit Schulkindern in Tirol. Die Befragung erfolgte stichprobenartig am Telefon. Die Hauptthemen bei der Befragung betrafen Nachhilfe im laufenden Schuljahr, Nachhilfe im letzten Sommer, Gründe für die Nachhilfe, Kosten der Nachhilfe, Belastungen durch Nachhilfe, etc.

AK INFO

Die vollständigen Studien zum AK Nachhilfemonitoring finden Sie auf ak-tirol.com. Wer sich für die Vorjahresergebnisse interessiert, kann dort auch die Studie für 2013/14 nachlesen.

CHECK DETAILFRAGEN

Forderungen an die Schule



Die AK Tirol ist überzeugt, dass Nachhilfebedarf erst gar nicht entstehen muss. Vielmehr sollte allein der Besuch der Regelschule zu Schulerfolgen führen. Dazu bräuchte es nur einige wenige naheliegende Reformen. Die AK Tirol fordert: Mehr Zeit zum Üben im Regelschulbetrieb, den Ausbau der schulischen Fördermaßnahmen mit kleineren Lerngruppen und individueller Förderung, den Ausbau der ganztägigen Schule mit verschränktem Unterricht sowie eine Ursachenforschung beim „Angstfach“ Mathematik. Bei der Gestaltung des Unterrichts sollte verstärkt darauf geachtet werden, dass die Schüler dem Stoff folgen können.

AK Tirol checkt Ihre Schulkosten



Per Gesetz ist Schule kostenlos. „Dennoch beobachten wir eine wahre Kostenexplosion“, kritisiert AK Präsident Erwin Zangerl. Längst gesellen sich zu Heften, Stiften etc. versteckte Ausgaben für Exkursionen, Ski- und Sprachkurse, Nachmittagsbetreuung usw. Und dann wälzt auch noch der Staat Kosten ab, etwa für Bücher, Kopierbeiträge, etc. Deshalb hat die AK eine Schulkosten-Erhebung gestartet und lädt alle Tiroler Eltern zum Mitmachen ein. Einfach bis 30. Juni anmelden, ab Juli ein Jahr lang alle Ausgaben notieren und gewinnen! Für drei Familien werden die schulbedingten Kosten bis max. je 1.000 Euro übernommen, weitere 10 Teilnehmer dürfen sich über je einen 100-Euro-Gutschein für Schulbedarf freuen. Anmeldeformular und Infos unter 0800/22 55 22 -1515 oder auf ak-tirol.com

Sommerschule statt Nachzipf



Von 3. bis 28. August bietet die AK Tirol mit dem BFI ihre Sommerschule zu erschwinglichen Preisen an: Dabei können sich Schüler ab der 5. Schulstufe in allen Bezirken auf den Nachzipf vorbereiten oder den Stoff auffrischen. Mit Deutsch, Mathematik, Latein, Englisch, Französisch, Italienisch und Rechnungswesen stehen sieben Hauptfächer zur Wahl. Die Kurse finden von Montag bis Freitag statt, an 20 Terminen mit 40 Unterrichtseinheiten. Für Kinder von AK Mitgliedern kostet der Kurs für ein Fach 195 €, für zwei Fächer 295 €. Alle anderen Interessierten zahlen 275 bzw. 395 €.

Infos und Anmeldung

Melden Sie Ihr Kind an für die AK Sommerschule beim BFI Tirol in Innsbruck, Ing.-Etzel-Straße 7, Tel. 0512/59 6 60 oder in Ihrer Bezirksstelle:
Imst, Rathausstraße 1, 05412/63 8 05
Kitzbühel, Rennfeld 13, 05356/63 6 99
Kufstein, Arkadenplatz 4, 05372/61 0 87
Landeck, Malser Straße 11, 05442/62 8 29
Lienz, Beda-Weber-Gasse 22, 04852/61 2 92-23
Reutte, Mühler Straße 22, 05672/72 7 28
Schwaz, Münchner Straße 20, 05242/66 0 63
Anmeldeschluss: Freitag, 17. Juli 2015. Es gibt eine Mindestteilnehmerzahl. Mehr unter Tel. 0512/59 6 60 oder ak-tirol.com



Arbeitnehmer sind die Gewinner: Eigentum muss geschützt werden

Licht und Schatten. Die Senkung der Lohnsteuer kommt bereits in einem halben Jahr und bringt allen Arbeitnehmern eine spürbare Entlastung. Unzufriedenheit herrscht wegen der Grunderwerbsteuer.

+ Deutliche Entlastung

„Wir haben es geschafft!“, freut sich AK Präsident Erwin Zangerl über die von der Regierung beschlossene Senkung der Lohnsteuer ab 2016. Und weiter: „Das ist ein Erfolg von AK und ÖGB und darauf können wir zu Recht stolz sein.“ Zur Erinnerung: Exakt **882.184 Menschen** haben die Kampagne für eine Senkung der Lohnsteuer unterschrieben.

+ Geld für Niedrigverdiener

In den Genuss einer Entlastung kommen auch jene Arbeitnehmer, die so wenig verdienen, dass sie gar keine Lohn- oder Einkommensteuer zahlen – also mit Jahreseinkommen bis **11.000 Euro**. Sie erhalten künftig eine höhere Steuergutschrift, konkret wird die Negativsteuer von derzeit **maximal 110 auf maximal 400 Euro** erhöht. Das ist mehr als eine Verdreifachung der bisherigen Maximalsumme. Zangerl: „Besonders erfreulich ist, dass die Negativsteuer nun schon im kommenden Jahr ausbezahlt wird.“

+ Fünf Milliarden Volumen

Konkret werden bei der Steuerreform fünf Milliarden Euro bewegt, die den Arbeitnehmern zugutekommen. Sie sind die Gewinner dieser Reform. Denn mehr als **90 Prozent** der Entlastung entfallen auf kleinere und mittlere Einkommen. Große Zugeständnisse an die Wirtschaft wurden abgewendet. „Damit wird Arbeit endlich entlastet, den Menschen bleibt mehr Geld im Borsel“, sagt der AK Präsident. So geht eine langjährige Forderung der AK in Erfüllung.

+ Nicht selbst bezahlt

„Ein weiterer großer Erfolg dieser Reform ist, dass wir uns die Entlastung nicht selbst zahlen“, betont der AK Präsident. Denn **90 Prozent** werden durch Unternehmen, durch Einnahmen aus der Bekämpfung des Steuerbetrugs, durch sinnvolles Sparen beim Staat und durch die Stärkung der Kaufkraft finanziert.



AK Präsident Zangerl. Steuerreform für Arbeitnehmer gefordert und erreicht.

TAZ: Können sich die Bürger über die Steuerreform freuen?

Erwin Zangerl: Die Steuerbelastung wird sich für die arbeitenden Menschen in unserem Land schon ab 2016 spürbar verringern. Ein paar hundert Euro mehr in der Tasche werden das Leben vieler Menschen eine Spur einfacher machen. Ist das etwa kein Grund zur Freude? **TAZ: Was sagen Sie zu den Kritikern?**

Zangerl: Die selbsternannten Wirtschaftsexperten schimpfen gerade so, als wäre diese Reform gründlich daneben gegangen. Dabei findet der Großteil der Menschen das Ergebnis gut. Nur manche Kritiker sind eben lauter. Unter dem Mantel von Reformen betreiben sie Sozialabbau und haben eine millionenschwere Industrie- und Wirtschafts-Lobby hinter sich. Aber allen Kritikern sei ins Stammbuch geschrieben: AK und ÖGB haben nie etwas anderes als eine Lohnsteuer-Reform gefordert und sie haben sie auch erreicht.

SO PROFITIEREN SIE ALS ARBEITNEHMER VON DER STEUERREFORM AB 2016

| BRUTTO MONATLICH | MEHR NETTO JÄHRLICH | ERSPARNIS LOHNSTEUER |
|------------------|---------------------|----------------------|
| 1.000 | 290 | |
| 1.500 | 482 | 42,7 % |
| 1.800 | 800 | 37,0 % |
| 2.000 | 882 | 30,3 % |
| 2.200 | 911 | 25,0 % |
| 2.400 | 941 | 21,5 % |
| 2.600 | 992 | 19,3 % |
| 2.800 | 1.153 | 19,2 % |
| 3.000 | 1.315 | 19,1 % |
| 3.400 | 1.484 | 17,2 % |
| 3.800 | 1.532 | 14,8 % |
| 4.000 | 1.556 | 14,0 % |
| 5.000 | 1.525 | 9,6 % |
| 6.000 | 1.697 | 8,0 % |
| 7.000 | 1.937 | 7,1 % |
| 8.000 | 2.177 | 6,5 % |
| 9.000 | 2.268 | 5,7 % |
| 10.000 | 2.268 | 5,0 % |
| 12.000 | 2.268 | 3,9 % |

+ Konjunktur-Belebung

Ein guter Teil der Steuerentlastung wird in den privaten Konsum fließen, so wird die Wirtschaft angekurbelt. In Zeiten schwacher Konjunktur ist das dringend nötig. So werden auch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. In Summe beträgt die Selbstfinanzierung **850 Millionen Euro**.

+ Arbeitnehmer profitieren

In den Genuss der Lohnsteuer-Senkung werden alle Beschäftigten kommen. Hier ein paar Beispiele: Die Hotelfachfrau Carina, der Busfahrer Franz und der Bankangestellte Robert – sie alle profitieren ab dem kommenden Jahr von der Steuerreform. Carina kommt durch die Lohnsteuersenkung auf eine jährliche Entlastung von **464 Euro**. Bei Franz sind es **1.278 Euro** im Jahr und bei Robert **1.504 Euro**. Ilona und Patrick machen eine Lehre im Handel. Ilona verdient im ersten Lehrjahr **518 Euro** monatlich. Patrick bekommt im zweiten Lehrjahr **661** monatlich. Beide dürfen sich über eine Gutschrift des Finanzamts für Wenigverdiener freuen. Sie bekommen als Negativsteuer **290 Euro** mehr im Jahr. „Das spare ich für einen Urlaub“, sagt Ilona, und Patrick will sich mit dem zusätzlichen Geld einen Laptop finanzieren. Zangerl: „An diesen Ergebnissen sieht man, dass von einer deutlichen Entlastung und nicht von einer Bagatellsumme die Rede ist.“

+ Kampf dem Steuerbetrug

Wichtigste Maßnahmen im Kampf gegen den Steuerbetrug sind die **Einführung der Registrierkassenpflicht** und die **Abschaffung des Bankgeheimnisses** für Unternehmen. „Denn Steuerbetrug ist kein Kavaliärsdelikt und muss hart bekämpft werden“, sagt Zangerl. „Die Arbeitnehmer haben keine Reichtümer, die sie auf der Bank verstecken“, so der AK Präsident. Auch die Anhebung der KEST auf Dividenden und die Erhöhung der Immobilienspekulationssteuer führen zu mehr Steuergerechtigkeit.

+ – Gerechtere Verteilung

Mit diesen Maßnahmen, vor allem mit der **Änderung des Steuertarifs**, ist ein Stück mehr Verteilungsgerechtigkeit geschaffen worden. Nicht verschwiegen werden soll, dass dies nur ein erster Schritt sein kann. Die Ungleichverteilung von Reichtum ist nach wie vor extrem groß. Der jetzige Erfolg sollte dazu ermutigen, weitere Schritte zu mehr Verteilungsgerechtigkeit zu gehen.

– Grunderwerbsteuer

Wenig durchdacht ist hingegen die geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer für Private. Gerade für Tirols Familien, die sich ein kleines Häuschen oder eine Wohnung oft mühsam und ein Arbeitsleben lang vom Mund abgespart haben, muss eine flexiblere Lösung gefunden werden. Wenn nach der **Höhe des Verkehrswerts gestaffelt** besteuert werden soll, sind hier automatisch die Bewohner Westösterreichs (weil sie ja die weitaus höheren Grund- und Wohnungspreise haben) gleich zweifach die Dummen: erst beim Erwerb und dann beim Vererben. Die AK Tirol wird diese Regelung rechtlich prüfen lassen und sie notfalls gerichtlich bekämpfen. Es kann nicht sein, dass Bauern, Gewerbetreibende und Private nach drei unterschiedlichen Berechnungsarten besteuert werden.

– Sonderausgaben, Progression

Ein wichtiger steuerlicher Aspekt wurde leider neuerlich ausgeklammert: Die automatische steuerliche Inflationsabgeltung, um die kalte Progression zu verhindern. Deshalb braucht es endlich, nach Vorbild anderer OECD-Staaten, eine jährliche Anpassung des Steuertarifs an die Inflationsrate. Auch die geplanten Verschlechterungen bei Topf-Sonderausgaben treffen zahlreiche Tiroler Arbeitnehmer vor allem im Bereich Wohnfinanzierung, Kranken-, Unfall- und Lebensversicherung. Für laufende und noch heuer abgeschlossene Verträge wirken sie sich zumindest erst ab 2021 aus.

GEWINNEN
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, keine Barablässe möglich.



ROCK CLASSICS

Ein Abend mit Toto

Sie zählen zu den Klassikern der Popkultur und Hits wie „Rosanna“, „Africa“ oder „Hold the line“ sind nach wie vor wahre Perlen im Einheitsbrei der Musikszene: Am **7. Juli** können sich Fans und solche, die es werden wollen, **ab 20.30 Uhr auf der Festung Kufstein** davon überzeugen, dass die Alt-Rocker nichts von ihrem Können eingebüßt haben. Wer Karten für das Event gewinnen will, mailt an ak@tirol.com (Fax an 0512/5340 – 1290) oder schreibt an AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck, **Stichwort: „Toto“**. Name und Anschrift bzw. Telefonnummer nicht vergessen!



TIROL SWINGT

Roger Cicero & Big Band

Charmant, virtuos, leidenschaftlich: Mit zahlreichen neuen Songs im Gepäck kehrt der vielseitige Ausnahmekünstler auf die großen Bühnen zurück. Wie immer voller Spielfreude geht Roger Cicero mit seiner 13köpfigen Big Band auf große Tournee durch Deutschland, Österreich, Luxemburg und die Schweiz. Am Samstag, **20. Juni**, macht der gebürtige Berliner Halt in Telfs und tritt **ab 20 Uhr in der Kuppelarena des Sportzentrums** auf. Fans können mit der Arbeiterzeitung Karten für das Super-Event gewinnen: Einfach an ak@tirol.com mailen (Fax an 0512/5340 – 1290) oder per Post an AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck, **Stichwort: „Cicero“**. Name, Anschrift und Telefonnummer nicht vergessen!



CROSSOVER

LaBrassBanda

Wo die Funk-Soul-Brass-Brothers vom Chiemsee auftauchen, setzen sich die Massen in Bewegung. Niemand ist gefeit vor dem bayerisch geerdeten, aber international funktionierenden Blech-Massaker, das am **10. Juli ab 20 Uhr auf der Festung Kufstein** über die Bühne gehen wird. Einen Abend, der ein langfristiges Grinsen in die Gesichter zaubert, können Musikliebhaber gewinnen: mailen an ak@tirol.com (Fax an 0512/5340 – 1290) oder schriftlich an AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck, **Stichwort: „LaBrassBanda“**. Kontaktdaten nicht vergessen!

Alle E-Nummern im Überblick



Wer sich für die Zutaten in Lebensmitteln interessiert, stößt auf den Verpackungen garantiert auf E-Nummern. Mit ihnen werden in der EU Lebensmittelzusatzstoffe gekennzeichnet: Diese färben Speisen, verstärken den Geschmack, sie verdicken oder machen länger haltbar. Zahlreiche gelten als unbedenklich. Viele sind jedoch völlig überflüssig, und einige können sogar gesundheitliche Probleme verursachen. Mehr dazu lesen Sie in der AK Broschüre „E-Nummern“, kostenlos erhältlich unter 0800/22 55 22 - 1836 oder auf ak-tirol.com

Zum Konsum verführt



Sie wundern sich, warum der Einkaufswagen schon wieder halbvoll ist, obwohl Sie doch nur einige wenige Produkte besorgen wollten? Dann lesen Sie aufmerksam die kostenlose AK Broschüre „Zum Kaufen verführt“. Sie gibt eine Einführung in die Tricks der Marketingstrategen und zeigt – auch anhand von Beispielen – mit welchen Mitteln die Kauflust geweckt werden soll. Der Leitfaden enthält zudem viele praktische Tipps, wie man die Kniffe umgehen kann. Einfach anfordern unter 0800/22 55 22 - 1836 oder herunterladen auf ak-tirol.com

FACTS DRAUFZÄHLER

Gleichbehandlung bei den Preisen



Teurer Einkauf

AK Preistest. Um bis zu 170 % waren idente Marken-Produkte in München günstiger als in Tirol. Doch die EU-Kommission argumentiert mit schlechten Ausreden.

Gerade einmal 1 Prozent beträgt der Unterschied bei der Mehrwertsteuer zwischen Deutschland (19 %) und Österreich (20 %). Warum aber Konsumenten für dieselben Pommesfrites in Innsbruck 3 statt wie in München 1,11 Euro zahlen müssen, also um 170,27 Prozent mehr, das konnte noch niemand nachvollziehbar erklären!

Und dieser Wert ist nur der Spitzenreiter des aktuellen AK Preistests bei Lebensmitteln, der einmal mehr einen unverschämten Österreich-Aufschlag belegt. Es gab bei der gesamten Erhebung kein einziges Produkt, das in Innsbruck günstiger als in München gewesen wäre!

Der haarsträubende Drogerieartikel-Test vom Herbst 2014 war Anlass für die AK Konsumentenschützer, auch bei Lebensmitteln einen grenzübergreifenden Preisvergleich durchzuführen. Und so wurden Mitte April die Preise für 37 ausgewählte Markenlebensmittel erhoben. Und zwar in jeweils 5 Supermärkten in Wien, Innsbruck und München. Das Ergebnis war leider wenig überraschend: Auch bei Lebensmitteln müssen Konsumenten in Tirol viel mehr bezahlen, als in Deutschland.

Teures Tirol. Wieder war der teuerste Markt in München immer noch günstiger als der billigste Markt in Innsbruck. Während der Lebensmittel-Warenkorb in Mün-



Kaum zu glauben, aber wahr: Der Einkaufstest beweist einen unverschämten Österreich-Aufschlag!

chen zwischen 71,56 und 79,59 Euro kostete, lag die Preisspanne in Innsbruck zwischen 93,83 und 96,75 Euro.

Schlechter Witz. „Derart drastische Österreich-Aufschläge sind durch nichts zu rechtfertigen und gehören abgestellt. Deshalb bin ich entsetzt, dass die von der AK eingeschaltete EU-Kommission bisher untätig geblieben ist. Ja, sie

versucht offenbar sogar, diese Zustände noch zu verteidigen! Die Argumente, wie etwa angeblich ‚unterschiedliche Marktbedingungen‘ bzw. ‚Unterschiede bei der Mehrwertsteuer‘ – bei gerade einmal einem Prozentpunkt – können nur ein schlechter Witz sein! Es glaubt wohl niemand, dass Preisunterschiede von bis zu 170 Prozent bei identen Produkten damit zu rechtfertigen wären. Die Interessen der

Wirtschaft in Europa dürfen nicht deutlich höher bewertet werden, als jene der Konsumentinnen und Konsumenten. Die EU-Kommission muss daher endlich aktiv werden“, so AK Präsident Zangerl.

Infos und mehr

Alle Details zum AK Test finden Sie auf ak-tirol.com

Die AK Tirol hat bereits im Herbst 2014 und im Frühjahr 2015 Preistests bei Drogerieartikeln durchgeführt und dabei festgestellt, dass idente Produkte in Tirol um ein Vielfaches teurer sind als in München (siehe Bericht auf der rechten Seite). Dieser Umstand wurde leider auch durch den AK Test bei Lebensmitteln eindrucksvoll bestätigt (siehe links). Der Umstand, dass gleiche Produkte in Innsbruck teilweise so viel mehr kosten, als in München, ist für niemanden nachvollziehbar und kann auch nicht mit einer unterschiedlichen Steuer, die bei Lebensmitteln gerade ein Prozent beträgt, oder anders gelagerten Marktbedingungen gerechtfertigt werden.

Die festgestellten Ergebnisse müssen daher Anlass genug sein, dass die EU-Kommission diesen eklatanten Preisunterschieden auf den Grund geht bzw. entsprechende Maßnahmen ergreift, um diese augenscheinliche Ungleichbehandlung abzustellen. Daher war die AK Tirol auch bereits aktiv und hat die Europäische Kommission direkt mit den Ergebnissen der Untersuchungen konfrontiert und verlangt, dass endlich gehandelt wird.

Es besteht eine offenkundige Ungleichbehandlung in Abhängigkeit vom Wohnort der Konsumenten, für die keine sachliche Rechtfertigung ersichtlich ist. Seitens der EU-Kommission wären daher entsprechende Maßnahmen zu treffen, um einer möglichen diskriminierenden Preisgestaltung europaweit tätiger Handelskonzerne einen Riegel vorzuschieben. Dass die EU-Kommission bisher noch nicht tätig wurde, ist befremdlich, für die AK Tirol jedoch Grund genug, bei diesem wichtigen Themenbereich nicht locker zu lassen.

INFOS AK REUTTE

Wer weiter denkt, kauft näher ein

Immer mehr Konsumenten achten bewusst darauf, woher unser Essen kommt. „Wer weiter denkt, kauft gesünder und näher ein“, lautet deshalb auch die Botschaft von Ernährungsexpertin Mag. Angelika Kirchmaier und KR Fritz Gurgiser beim Infoabend am Montag, 15. Juni, ab 19 Uhr in der AK Reutte. Dabei dreht sich alles um gesunde Lebensmittel statt weltweit umher gekarrierter Industrieprodukte und um die Vorteile regionaler Erzeugnisse.

Im Anschluss erwartet die Teilnehmer ein Buffet mit regionalen Produkten, und die Experten stehen auch gern für ein persönliches Gespräch zur Verfügung. Anmeldung erforderlich unter 0800/22 55 22 - 3650 oder reutte@ak-tirol.com

Absprachen bei Lebensmitteln

26 Mio. Euro! So viel wurde 2013 in Summe an Geldbußen wegen Preisabsprachen verhängt, der Großteil davon bei Lebensmitteln. Draufzahler sind die Konsumenten.

Die österreichischen Wettbewerbsbehörden hatten 2013 alle Hände voll zu tun: An Geldbußen wurde die Rekordsumme von 26,331 Millionen Euro verhängt, 23 Millionen Euro davon betrafen den Lebensmittelbereich. Zum Vergleich: Im Jahr zuvor wurden „nur“ 1,1 Millionen Euro an Strafen verhängt. Nur einmal wurde diese Summe bisher übertroffen: 2008 bei der Verurteilung des Aufzugskartells.

Das zeigt der Wettbewerbsbericht der Arbeiterkammer: „Hier wird den Konsumenten über ungerecht hohe Preise erheblich geschadet. Es braucht schärfere Maßnahmen gegen Preisabspra-

chen“, fordert Arbeiterkammer-Präsident Erwin Zangerl.

Intransparente Verfahren. Alle bislang abgeschlossenen Verfahren wurden im Rahmen von sogenannten „Settlements“ beendet. Das sind vorzeitig beendete Verfahren zwischen Bundeswettbewerbsbehörde und Kartellamt mit anschließendem gerichtlichem Beschluss vor dem Kartellgericht. Gerechtfertigt wird dieses verkürzte Verfahren seitens der Behörde mit der Notwendigkeit der effizienten Nutzung der

Die AK verlangt: Geldbußen wegen Preisabsprachen sollen dem Konsumentenschutz zugute kommen.

Ressourcen. Die Kritik der AK: Die Verfahren sind intransparent. Darüber hinaus profitieren die Kartellanten durch geringere Geldbußen, schnelleren Verfahrensabschluss und damit Kostenersparnis.



Umkehr der Beweislast. Der Wettbewerbsbericht der AK zeigt, dass vor allem Konsumenten von Kartellabsprachen betroffen sind. AK Präsident Zangerl fordert daher, dass die Geldbußen für den Konsumentenschutz zweckgewidmet werden. Die AK verlangt auch mehr Transparenz bei den „Settlements“: „Die Konsumenten müssen wissen, was genau die Preisabsprache war und wer aller daran beteiligt war. Damit künftig Anbieter beweisen müssen, dass ihre Preise gerechtfertigt sind, fordert die AK eine Umkehr der Beweislast für hochkonzentrierte Märkte – wie im Regierungsprogramm vereinbart“, so Zangerl.

KRITIK GIROKONTEN

Überziehen kommt teuer

Ein Girokonto für den Zahlungsverkehr ist zwar praktisch, aber Kontoinhaber werden von Geldinstituten durch großteils horrenden Überziehungszinsen immer wieder belastet. AK Erhebungen zeigen deutlich, dass die Zinsen für eine Kontoüberziehung mit durchschnittlich 11 % viel zu hoch sind. Die AK Tirol fordert den Gesetzgeber auf, diese Zinsen nach oben zu deckeln. So sollten Kontoinhaber bei einer Kontoüberziehung automatisch über anfallende Kosten informiert werden, und bei regelmäßigen Überziehungen sollten Banken alternative (Überbrückungs-) Kredite anbieten müssen. Übrigens: Die Bankmitarbeiter sind nicht schuld an diesen Praktiken.



Wie teuer ist das kühle Nass?

Sollte uns die Sonne im heurigen Sommer nur selten zum Schwitzen bringen, diverse Preise in den Freibädern machen es ganz verlässlich, wie eine aktuelle Erhebung der AK Konsumentenschützer ergab. Die Tageskarten für Erwachsene bewegen sich bei 47 befragten Betrieben zwischen 1,80 und 7,50 Euro bzw. für Kinder zwischen 1 und 4,50 Euro. Auch bei Saisonkarten gibt es Unterschiede von 20,50 bis 118 Euro bei Erwachsenen bzw. 10,25 bis 42 Euro bei den Kleinen. Ermäßigungen für Familien, Studenten etc. und günstigere Eintritte am Nachmittag bieten inzwischen fast alle Bäder an, teilweise haben Kinder sogar freien Eintritt. Die AK empfiehlt, Eintrittsgelder mit den angebotenen (Zusatz-) Leistungen unbedingt zu vergleichen! Sämtliche Details zum Bädertest auf ak-tirol.com

Creme, Deo & Co. in München billiger

Österreich-Aufschlag. Noch immer sind idente Drogerieartikel in München deutlich billiger als in Innsbruck. Das ist das wenig erfreuliche Ergebnis des jüngsten AK Preistests.

Keine Entwarnung an der Preisfront bei Drogerieartikeln. Es gibt ihn immer noch, den nicht nachvollziehbaren Österreich-Aufschlag. Denn ein Test der AK Konsumentenschützer vom Mai 2015 belegt: Man kauft selbst im teuersten Markt in München immer noch günstiger ein, als im billigsten Markt in Innsbruck.

Die AK Tirol hat auch heuer wieder die Preise für einen Warenkorb von identischen Artikeln in fünf Supermärkten bzw. drei Drogeriefilialen sowohl in Innsbruck als auch in München erhoben. Der Warenkorb mit elf Produkten ist in München zum Preis von 16,25 bis 22,69 Euro erhältlich, in Innsbruck sind für die gleichen Produkte immerhin 25,75 bis 37,59 Euro zu bezahlen. Zudem ist vom günstigsten Warenkorb (€ 16,25) bei Rossmann in München zum teuersten Warenkorb (€ 37,59)

bei Billa in Innsbruck eine Preisdifferenz von 131,32 Prozent festzustellen.

Schon in Innsbruck fielen Spannen auf. Es zeigten sich Preisunterschiede bis zu 141,61 Prozent. Hier wurden die Preise in den Supermärkten MPreis, Merkur, Eurospar, Billa und Spar sowie in den Drogeriemärkten Müller, Bipa und dm erhoben. In München wurde neben

Stopp dem Österreich-Aufschlag! Preisunterschiede bis zu 224,32 % sind nicht mehr tolerierbar.



Müller und dm auch bei Rossmann erhoben sowie in den Supermärkten Edeka, Tengelmann, Kaufland, Rewe und Real.

Teures Pflaster Tirol. Der Vergleich mit München fiel drastisch aus: Der markanteste Preisunterschied von 224,32 Prozent zeigte sich bei Nivea for men „Pflegetusche Energy“ 250 ml mit 1,11 Euro in München (Müller) und 3,60 Euro in Innsbruck (MPreis). Weitere eklatante Unterschiede zeigten die Produkte Nivea Roll on, verschiedene Sorten, 50 ml: 1,49 Euro bei Rewe in München und 4 Euro bei MPreis in Innsbruck oder CD Cremeseife, milde Seife Avocado 125 g: 0,55 Euro bei diversen Anbietern in München im Vergleich zu 1,40 Euro bei MPreis in Innsbruck.

Entlarvendes Detail. Obwohl Müller und dm in beiden Ländern Filialen betreiben, kostete der Warenkorb bei Müller in München 17,29 Euro, bei Müller in Innsbruck 27,25 Euro. Bei dm kostete der Warenkorb in München 17,85, in Innsbruck 25,75 Euro.

AK Präsident Erwin Zangerl: „Dieser Österreich-Aufschlag ist durch kein Argument zu rechtfertigen. Gleiches Produkt, gleicher länderübergreifender Konzern, anderer Preis. Warum sollen Tirols Konsumenten für ein identes Produkt viel mehr bezahlen als unsere Nachbarn in Deutschland? Es ist unverständlich, dass die EU-Kommission noch immer nicht reagiert hat.“

Alle erhobenen Preise sind Bruttopreise, das heißt die Umsatzsteuern in Österreich (20 Prozent) und in Deutschland (19 Prozent) sind darin enthalten. Die Ergebnisse im Detail finden Sie auf ak-tirol.com

Augen auf beim Gutschein-Kauf

Vorsicht, Nepp! Immer wieder erweisen sich günstig erstandene Gutscheine als unvorhergesehene Kostenfalle. Bei unklaren Bedingungen gilt: lieber Hände weg.

Ein Schnäppchen, endlich einmal günstig Skifahren. Mehrere Tiroler Familien ersteigern im Internet günstige Gutscheine für einen Skiurlaub in einem Tiroler Hotel. Die Vorfreude ist aber bald verflogen, einer Gutscheineinlösung werden vom Hotelier selbst einige Steine in den Weg gelegt. Eine Reservierung zum gewünschten Termin ist nur gegen einen satten Aufpreis von bis zu 280 Euro pro Aufenthalt möglich. Ohne entsprechende Aufzahlung werden vom Hotelier nur einige für die Konsumenten sehr unrealistische Termine vorgeschlagen.

Die heimischen Familien werden mit dem vermeintlichen Schnäppchen am Ende kräftig zur Kasse

gebeten. Vorsicht, oft sind günstige Gutscheine auch mit einer Mindestkonsumation verbunden oder es wird eine verpflichtende Buchung von Halb- oder Vollpension gefordert.

Auch Anreisetage werden gerne beschränkt, sodass eine Anreise am Wochenende oder in bestimmten Monaten ausgeschlossen wird.

Was ist zu beachten? Die AK Konsumentenschützer raten: Wenn Sie einen Gutschein kaufen oder ersteigern, müssen alle Bedingungen verständlich mitgeteilt werden. Konsumenten sollten flexibel sein, denn möglicherweise ist zum Wunschtermin kein Zimmer frei. Besonders wenn der Gutschein

über einen Vermittler gekauft wird, könnte das Zimmerkontingent begrenzt sein, obwohl das Hotel noch freie Zimmer hätte.

Gültigkeit. Eine Befristung eines gekauften Gutscheines ist prinzipiell möglich, allerdings hat der Oberste Gerichtshof entschieden, dass die Befristung von Thermen Gutscheinen auf zwei Jahre unzulässig ist. Weist ein Gutschein keine Befristung auf, ist er grundsätzlich 30 Jahre lang gültig. Mit sachlich nachvollziehbaren Gründen darf diese Frist verkürzt werden. In welchem Umfang eine Befristung zulässig ist, hängt von der Art des Gutscheines und vom Einzelfall ab.

AK INFO

Das raten Experten

- Kaufen Sie bevorzugt unbefristete Gutscheine.
- Informieren Sie sich bereits im Vorhinein über die Bedingungen zur Einlösung.
- Bedenken Sie bereits beim Gutscheinkauf, dass das Einlösen oft schwierig und zum Teil mit erheblichen Aufzahlungen verbunden ist.

Bei Unklarheiten wenden Sie sich an die AK Konsumentenschützer unter der kostenlosen Hotline 0800/22 55 22 - 1818

CHECK BETRIEBSKOSTEN

Jetzt wird abgerechnet

Sie werden als Mieter aus Ihrer Betriebskostenabrechnung nicht schlau? Sie glauben, es sind Posten aufgelistet, die Ihren Vermieter betreffen würden? Dann nutzen Sie das neue Service der AK Tirol „Wir checken Ihre Betriebskosten“. Anmeldung und Informationen für AK Mitglieder unter der kostenlosen Hotline 0800/22 55 22 - 1717. Allfällige Ungereimtheiten können bei einem persönlichen Termin in Ihrer Bezirkskammer besprochen werden: Imst, Di. 9. Juni; Kitzbühel, Do. 11. Juni; Lienz, Di. 16. Juni; Landeck, Do. 18. Juni; Kufstein, Do. 25. Juni; Reutte, Di. 30. Juni; Innsbruck, Mi./Do. 1./2. Juli und Schwaz, Do. 9. Juli.

Mehr Infos unter ak-tirol.com

Alarmierende Zahlen: Tirol braucht dringend Konjunktur-Programm

AK Resolution. Seit Jahren ist Tirol Schlusslicht bei Einkommen und Vollzeitbeschäftigung, während die Arbeitslosigkeit steigt und die Wohnkosten explodieren. Die AK fordert nun Gegenmaßnahmen.

INTERN AK PROGRAMM

Neue Arbeitsplätze schaffen, die Beschäftigungsqualität verbessern, Einkommen erhöhen und eine Wohnbau-Offensive starten sind die vorrangigen Forderungen der Tiroler AK. Tirol braucht rasch ein umfangreiches Konjunkturpaket, denn die Entwicklungen am Arbeitsmarkt sind dramatisch.

ARBEITSLOSIGKEIT

Die Zahlen lassen sich nicht beschönigen: Im Jahr 2014 waren in Tirol 314.986 Personen beschäftigt, um 6,2 % mehr als vier Jahre zuvor. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Arbeitslosen in Tirol jedoch um 21,3 %! Am meisten betroffen von der Ausweitung waren der Arbeitsmarktbezirk Innsbruck/Innsbruck-Land (+ 36,4 %) sowie der Bezirk Kufstein (+ 23,2 %). Zusammen machen beide Regionen mehr als zwei Drittel (72 %) der Gesamtzunahme an Arbeitslosigkeit in Tirol aus: Tendenz steigend.

Besonders negativ entwickelte sich die Lage für Ältere. Die Zahl der Arbeitslosen im Alter 50+ nahm von 2010 bis 2014 um 61,6 % zu! Insgesamt war die Gruppe der arbeitslosen Über-50-Jährigen für mehr als die Hälfte der Gesamtzunahme der Arbeitslosigkeit in Tirol verantwortlich. In vier Bezirken (Imst, Landeck, Lienz und Reutte) war sogar die gesamte Zunahme der Arbeitslosigkeit ausschließlich auf die Personen im Alter 50+ zurückzuführen.

Aus diesem Grund fordert die AK Tirol keine Kürzung von AMS-Mitteln und die Umsetzung des Bonus-Malus-Systems für ältere Dienstnehmer (siehe Seite 10).

EINKOMMEN

Tirol ist seit Jahren konstant Schlusslicht bei den Einkommen in Österreich und ein Aufholprozess ist weiter nicht in Sicht. Bei ganzjähriger Vollzeitarbeit verdienen Tiroler Beschäftigte um 5,7 % weniger als im österreichischen Durchschnitt. Auf ein Jahr gerechnet bedeutet das 1.684 Euro netto weniger! Fünf Tiroler Bezirke liegen sogar 10 % hinter dem österreichischen Durchschnittseinkommen zurück. Die AK Tirol fordert deshalb eine regional fokussierte Standortentwicklung: Vor allem touristisch geprägten Regionen fehlen ganzjährige Beschäftigungsalternativen. Ebenso muss das Netz sozialer Dienstleistungen dichter werden, vor allem im ländlichen Raum. Zudem soll ein Qualitätssiegel für Arbeitsplätze geschaffen werden.

BESCHÄFTIGUNG

Nachdem die AK ihr „Konjunkturpaket Tirol“ vorgelegt hatte, folgte die Ankündigung des Landes, eine dreistellige Millionensumme zur Stärkung der Beschäftigungssituation zu investieren. Höchste Zeit, denn in keinem anderen österreichischen Bundesland liegt der Anteil ganzjährig Vollzeitbeschäftigter niedriger als in Tirol. So befanden sich 2013 weniger als die Hälfte (47,7 %) der Tiroler in dieser Beschäftigungsform! Auch die Teilzeit steigt stark und macht rund zwei Drittel der gesamten Beschäftigungszunahme in

Tirol aus. Besonders bedenklich: Zu 80 % ist die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, mit all ihren negativen Langzeitfolgen, weiblich.

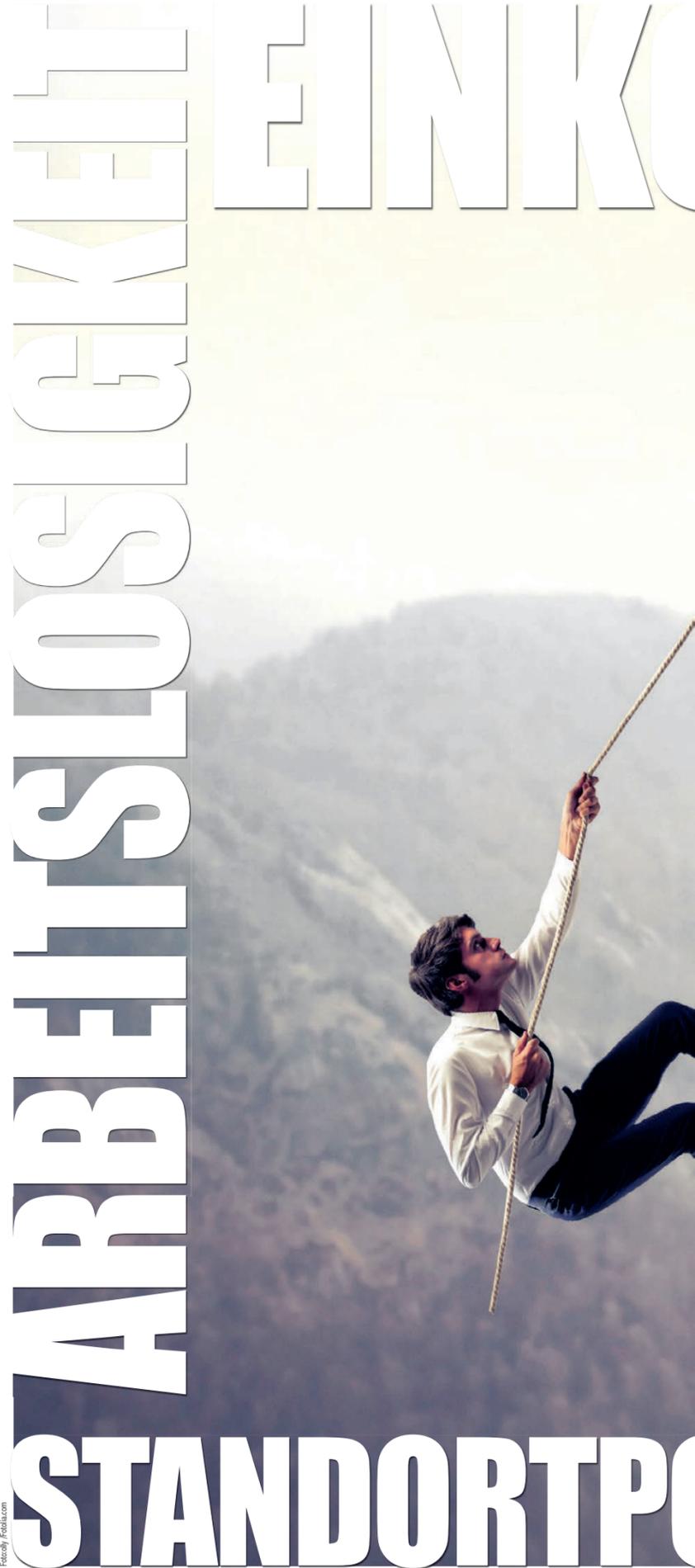
Um die Situation zu entschärfen, fordert die AK Tirol, dass Förderungen und Aufträge der öffentlichen Hand an Qualitätskriterien für die Beschäftigung der ausführenden Unternehmen gebunden sind. Unternehmen, die stabile Ganzjahresarbeitsplätze bieten, sind zu bevorzugen. Ebenso muss die leistbare Kinderbetreuung vor Ort weiter ausgebaut und die Öffnungszeiten den Erfordernissen des Erwerbslebens angepasst werden. Ebenso gehören Pflegedienste ausgebaut. Zudem fordert die AK verstärkt Kontrollen, um sicherzustellen, dass bei ausländischen Arbeitnehmern die arbeits- und sozialrechtlichen Standards eingehalten werden.

STANDORTPOLITIK

Gerade jetzt ist es wichtig, neue und attraktive Betriebe nach Tirol zu bringen, die längerfristig gesicherte und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze bieten. In diesem Sinne ist die Standortagentur Tirol kritisch zu prüfen, ebenso müssen die 170 Millionen Euro an Wirtschaftsförderung des Landes (Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus) transparenter gestaltet und zielgerichteter eingesetzt werden. Die AK fordert, mit diesen Mitteln in erster Linie Betriebe zu unterstützen, die zusätzliche (Vollzeit-)Arbeitsplätze schaffen.

Zahlen & Fakten

Daten und Hintergrundinformationen zur Situation in Tirol finden Sie auf ak-tirol.com/service/studien



FORDERUNG I

Kalte Progression endlich abgelenken



Die schleichende jährliche Steuererhöhung – die „kalte Progression“ – trifft die arbeitende Bevölkerung automatisch, ohne dass eine Steuererhöhung beschlossen werden muss. Da die einzelnen Steuertarif-Stufen in Österreich nicht an die jährliche Inflation angepasst werden, kann der Staat dadurch beträchtliche Mehreinnahmen verbuchen, während Arbeitnehmer gleichzeitig Reallohnverluste erleiden. Damit muss endlich Schluss sein, deshalb fordert die AK Tirol in ihrer Vollversammlung umgehend eine gesetzliche Regelung, wonach der Steuertarif und die Steuerabsatzbeträge regelmäßig an die Preis- bzw. Lohnentwicklung angepasst werden.

FORDERUNG II

Handeln statt zaudern: Tirol braucht Wohnoffensive



Dringenden Handlungsbedarf ertet AK Präsident Erwin Zangerl beim zuständigen Wohnbau-Landesrat Johannes Tratter. „Es ist höchste Zeit für eine Trendumkehr. Wohnen muss in Tirol endlich den Stellenwert bekommen, den es als Grundrecht verdient“, so Zangerl. Mindestens 2.000 neue Wohnungen pro Jahr seien notwendig, um Spekulationen einzudämmen und die Preise zu senken. Ebenso fordert Zangerl eine rigorose Zweckbindung der Wohnbauförderung, sowohl der Zu- als auch der Rückflüsse, zudem sei eine Erhöhung der Förderung dringend geboten. Der AK Präsident definierte auch einen Forderungskatalog an das Land: „Die künstliche Verknappung

von Bauland bringt es mit sich, dass die Preise für Grundstücke und Wohnungen in Tirol in den letzten Jahren explodiert sind. Deshalb ist auch eine Spekulations- bzw. Baulandabgabe anzudenken.“

Ein weiterer Punkt, den Zangerl neben der Zweckwidmung der Wohnbauförderung anspricht, ist die Einführung einer Mietpreisbremse nach deutschem Vorbild. Zudem sollen Änderungen in der Immobilienmaklerverordnung vorgenommen werden, mit Senkung der Provisionshöchstsätze und der Einführung eines Auftragsprinzips (siehe Seite 12).

„Die zuständigen Politiker müssen sich endlich bewegen, damit Wohnen wieder leistbar wird“, so Zangerl.



Das Zauberwort heißt Investieren

Vorrang für Qualität. Es braucht gute Arbeit, die gerecht entlohnt wird, die Respekt gegenüber Arbeitnehmern zeigt und die nicht krank macht. Möglich wir dies mit den richtigen Investitionen.

Den Beschäftigten geht es hierzulande besser als in den meisten anderen Ländern. Die Arbeitnehmervertretungen haben in den vergangenen Jahrzehnten viel Positives erreicht. Die Standards bei Arbeitsbedingungen und bei Arbeitnehmerrechten sind hoch.

WOHLSTAND



Der jüngste Erfolg ist die endlich umgesetzte echte Lohnsteuer-Reform, die mehr Netto vom Brutto bringt und die arbeitende Bevölkerung um fünf Milliarden entlastet. Wie wichtig diese Maßnahme ist, wird sich schon in wenigen Monaten zeigen. Die Lohnsteuer-Reform wird allein Tirol mehr als 300 Millionen Euro mehr Kaufkraft bringen, wovon die Menschen genauso profitieren wie die Wirtschaft. Denn die Beschäftigten sind der Motor der Wirtschaft, ohne ihre Leistungen und ohne ihre Investitionen steht alles still.

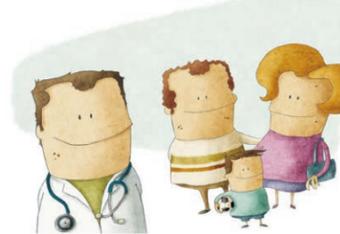
KURSWECHSEL



Was jetzt noch zur Trendwende fehlt, ist ein deutlicher Kurswechsel in Österreich und Europa. Der Irrweg des Kaputtsparens am falschen Platz gehört endlich ver-

lassen. Dieser Weg ist mit seinen politischen Fürsprechern in Europa, Deutschland und Österreich sichtlich gescheitert. Denn so werden mehr Arbeitsplätze vernichtet, als je an Ersparnis herauskommt. Der Privatisierungswahn – verbunden mit dem Glauben an reine Gewinnmaximierung – hat sich als trügerische Maßnahme entpuppt, bei der nur einige wenige profitiert haben und die Mehrheit verloren hat.

SOZIALE SICHERHEIT



Für die Errungenschaften im Sozial- und im Arbeitnehmerschutzbereich in unserem Land musste jahrzehntlang gekämpft werden. Manche Kreise in der Politik wollen diese wichtigen Leistungen mit einem Federstrich ändern. Sie reden von fehlender Flexibilität und mangelndem Reformwillen und meinen Sozialabbau in großem Stil. Die Arbeitnehmervertretungen werden sich diesem Kosten- und Spardruck nicht beugen. Denn das würde eine massive Verschlechterung für die arbeitende Bevölkerung bedeuten. Auch die permanente Verunsicherung bei den Pensionen – Stichwort Pensionsautomatik, Frauenpensionsalter – oder bei den Kosten unseres Gesundheitssystems muss eine Ende finden. Hier wird mit Unwahrheiten argumentiert, Jung soll gegen Alt, Frauen gegen Männer ausgespielt werden. Und diejenigen, die am lautesten Reformen bei den Beschäftigten einmahnen, sind oft die größten Blockierer, wenn es um ihre eigenen Sicherheiten geht.

VOLLBESCHÄFTIGUNG



Auch die Kosten von Arbeitslosigkeit werden oft als nebensächlich abgetan. Es geht um Schicksale, um die Existenz ganzer Familien. Ganz zu schweigen von den psychischen und körperlichen Folgen. Arbeitslosigkeit macht arm. Und sie macht krank. Es gilt, wieder Richtung Vollbeschäftigung zu gehen. Diese trägt mehr zur Budgetsanierung bei als jeder noch so brutale Kürzungskurs. Denn mehr Menschen in Beschäftigung bedeutet auch mehr Beitragszahler – davon profitieren auch unser Sozial-, Pensions- und Gesundheitssystem.

KLUG INVESTIEREN



Geld in die Zukunft zu stecken, bringt mehr als blindes Kürzen. Ein Pfeiler auf dem Weg zu mehr Arbeit und Vollbeschäftigung sind Investitionen. Am Bau rechnet sich das zum Beispiel siebenfach. (Miet-)Wohnbau und Infrastrukturausbau müssen also Vorrang haben. Auch wer mehr Geld in die Betreuung von Kindern und die Pflege steckt, wird belohnt. Für 100 Millionen an Zukunftsinvestitionen wächst das Bruttoinlandsprodukt im Schnitt um 158 Millionen Euro.

FORDERUNG III

Arbeiter gehören spürbar entlastet



Speziell Beschäftigte mit niedrigeren Einkommen sollen mit der Lohnsteuerreform entlastet werden. Doch die Erfahrungen zeigen, dass bei sogenannten Nettolohnvereinbarungen – wie oft in Hotel- und Gastgewerbe, Transport- und Baugewerbe vereinbart – die Steuervorteile an die Arbeitnehmer nicht weitergegeben werden.

Deshalb fordert AK Präsident Erwin Zangerl bei der AK Vollversammlung von den zuständigen Ministern umgehend einen Gesetzesvorschlag, mit dem sichergestellt ist, dass von der Lohnsteuersenkung 2015 auch Arbeitnehmer mit sogenannten Nettolohnvereinbarungen profitieren.

FORDERUNG IV

„Topf-Sonderausgaben“ müssen absetzbar bleiben



Waren bislang freiwillige Unfall-, Kranken- und Lebensversicherungen sowie Ausgaben für Wohnraumbeschaffung und -sanierung steuerlich absetzbar, soll sich dies im Rahmen der Steuerreform ändern. Eine Ungerechtigkeit, die es zu verhindern gilt, wie auch die AK Tirol in ihrer Vollversammlung feststellt, noch dazu, da die Absetzposten vor allem für niedrige bis mittlere Einkommensbezieher konzipiert sind. Damit würde die Abschaffung der wichtigsten Topf-Sonderausgaben gerade jene Einkommen treffen, die im Zuge der Steuerreform entlastet werden sollen. Gleichzeitig bleiben jedoch steuerschonende Privilegien anderer Gruppen

bestehen. „Steuergerechtigkeit sieht anders aus“, sagt AK Präsident Erwin Zangerl. Die AK Vollversammlung fordert daher die Bundesregierung auf, die steuerliche Absetzbarkeit der Ausgaben für Wohnraumbeschaffung und -sanierung sowie Personenversicherungsverträge im Rahmen der Topf-Sonderausgaben beizubehalten. Zumindest ist es gelungen, für laufende und noch heuer abgeschlossene Verträge eine Übergangsfrist bis Ende 2020 zu erreichen. Gelingen ist weiters, dass die freiwillige Weiterversicherung in der Pensionsversicherung und der Nachkauf von Schul- und Studienzeiten auch weiterhin von der Steuer abgesetzt werden können.

PFLICHT IN HAK UND HAS

Achtung, Praktikum!

In zahlreichen berufsbildenden Schulen sind Praktika mittlerweile Pflicht, seit neuestem auch für HAK- und HAS-Schüler. Diese müssen nach den Lehrplänen (BGBl. Nr 209/2014 vom 27. 8. 2014) nun ein als „Arbeitsverhältnis ausgestaltetes Pflichtpraktikum in einem Unternehmen oder in einer Organisation während ihrer schulischen Ausbildung“ absolvieren. In der unterrichtsfreien Zeit, versteht sich. Das Praktikum soll der Ergänzung und Vertiefung der erworbenen Kenntnisse dienen und helfen, Berufserfahrungen zu sammeln, die bei späteren Bewerbungen von Vorteil sein können. Praktika können im In- und Ausland absolviert werden, für das Finden eines geeigneten Platzes sind die Schüler eigenverantwortlich. Das Pflichtpraktikum muss fachspezifisch sein, sollte in den Hauptferien abgelegt werden und kann bei Bedarf in mehrere Tranchen von zumindest einwöchiger Dauer gegliedert werden. Nachzuweisen sind 300 (HAK) bzw. 150 Arbeitsstunden (HAS) – vor Abschluss der lehrplanmäßig letzten Schulstufe. Wichtig: Das Praktikum muss genau dokumentiert werden! Weitere Infos gibt es in der AK Jugendabteilung unter 0800/22 55 22 – 1566.

Alles Praxis, oder was?

Ausbildung. In zahlreichen berufsbildenden Schulen sind Praktika mittlerweile Pflicht: Sieben Antworten auf wichtige Fragen, um böse Überraschungen zu vermeiden.



Foto: Daniel Ernst/Fotolia.com

Notieren. Es empfiehlt sich, Pflichtpraktika genau zu dokumentieren. Ein einlösbares Recht auf einen Praktikumsplatz gibt es nicht.

1. Haben Schüler ein Recht auf eine Pflichtpraktikumsstelle?

Schülerinnen und Schüler haben zwar die Pflicht, ein Praktikum anzutreten (laut Lehrplan), aber sie haben keineswegs ein bei den Betrieben einlösbares Recht darauf. Das macht die Suche nach Praktikumsplätzen oft sehr schwierig.

2. Was ist der Sinn eines Pflichtpraktikums?

Sinn des Praktikums ist – gemäß den Lehrplanbestimmungen – die Ergänzung und Vertiefung des Unterrichtsstoffes und der erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten durch die reale Praxisbegegnung in einem Wirtschaftsbetrieb.

3. Haben Pflichtpraktikanten ein Recht, ihr Praktikum am Stück machen zu dürfen?

Die Lehrpläne treffen hinsichtlich der Frage, ob das Praktikum an einem Stück zu erledigen ist, zumeist keine Regelung. In den meisten Fällen ist es aber durchaus geboten und praktikabel (und auch von den Betrieben so gewünscht), dies in einem zu machen.

4. Muss das Unternehmen, in dem das Pflichtpraktikum gemacht wird, zum Ausbildungsschwerpunkt der jeweiligen Schule passen?

Das Pflichtpraktikum muss sehr wohl in einem Betrieb abgeleistet werden, der dem schulischen Ausbildungsschwerpunkt entspricht. Wie eng das zu sehen ist, definiert die Schule autonom.

5. Müssen Unternehmen nach der Ausbildungszeit (Pflichtpraktikum) eine Art Dienstzeugnis ausstellen?

Die Praktikumsbetriebe sind verpflichtet, eine Bestätigung (kein Dienstzeugnis im engeren Sinne!) auszustellen.

6. Wie ist es mit der Arbeitszeit während des Praktikums?

Die Grenzen der Beschäftigung Jugendlicher (egal ob in einem Arbeitsverhältnis oder in einem Ausbildungsverhältnis) normiert das Kinder- und Jugendlichenbeschäftigungsgesetz, welches eine 40stündige wöchentliche Höchst Arbeitszeit, zwei freie Tage pro Woche, ein Nachtarbeitsverbot sowie ein Sonntagsarbeitsverbot festlegt.

7. Gibt es Lohn für ein Praktikum?

Die Entlohnung richtet sich danach, ob das Pflichtpraktikum im Rahmen eines regulären Arbeitsverhältnisses abgeleistet wird oder als Ausbildungsverhältnis bzw. Volontariat. In ganz wenigen Kollektivverträgen (Gastronomie, Metallgewerbe, Malergewerbe und einigen anderen) gibt es Regelungen zur Entlohnung, zumeist analog den Lehrlingsentschädigungen dieser Branche. Überall sonst fehlen Regelungen. Ist von einem Arbeitsverhältnis auszugehen (fixe Arbeitszeit, produktive Tätigkeit, Arbeit nach ausschließlichem Verwertungsinteresse des Betriebes etc.), gilt ohnehin der Branchen-KV und die dort geregelte Entlohnung. Handelt es sich eher um ein Ausbildungsverhältnis (keine fixe Betriebsintegration, Arbeit primär nach Ausbildungsinteresse, kaum produktive Tätigkeit etc.), dann muss überhaupt nichts bezahlt werden. Selbstverständlich wäre eine gewisse Entlohnung wünschenswert und deshalb fordert die AK Tirol seit langem eine gesetzliche Regelung, dass Pflichtpraktika zumindest auf der Basis der jeweiligen Lehrlingsentschädigungen zu entlohnen sind.

BERUFSBILD BANKKAUFFRAU & BANKKAUFMANN

Lehrzeit: 3 Jahre | Ort: TFBS für Handel und Büro, Innsbruck



Anna und Michael lernen bei der Bawag/PSK in Innsbruck den Lehrberuf „Bankkauffrau/-mann“. Anna befindet sich gerade im 2., Michael im 3. Lehrjahr. Er besucht ab Mai die letzte Klasse Berufsschule und tritt im Sommer zur Lehrabschlussprüfung an. Durch seine Ausbildung im Lehrbetrieb fühlt er sich sehr gut vorbereitet und geht mit ruhigem Gewissen zur Prüfung. Darüber hinaus macht er auch noch die Lehre mit Matura.

Den Lehrlingen werden im Zuge ihrer Ausbildung alle Bereiche des Bankge-

1. + 2. Anna und Michael informieren sich über die aktuellsten Produkte für Geldanlagen.

3. Ausbilder Manuel bespricht mit den Lehrlingen den Ausbildungsplan.

4. Anna empfängt die Bankkunden und gibt erste Informationen.

5. Michael simuliert ein Beratungsgespräch. Sein „Kunde“, Ausbilder Manuel, gibt ihm anschließend wichtiges Feedback.

schäfts vermittelt. Hierzu zählen insbesondere der tägliche Zahlungsverkehr, Geldanlagen, Finanzierungen oder Devisengeschäfte. Die persönliche Betreuung der Kunden erfolgt im direkten Kontakt, hauptsächlich im Kreditinstitut. Im Rahmen solcher individueller Gespräche beraten die Bankkauffleute auch zu Bausparverträgen, Lebensversicherungen oder Leasingverträgen.

Die Lehrlinge betreuen noch keine Kunden selbstständig, sondern sind bei Beratungsgesprächen von erfahrenen Kollegen dabei. Gegen Ende der Lehrzeit

dürfen sie jedoch schon Jugendkonten verwalten oder einfache Geschäfte, wie z. B. Daueraufträge ändern, selbstständig durchführen. Anhand von Fallbeispielen erarbeiten Sie z. B. Veranlagungsportfolios oder Kreditverträge und besprechen diese anschließend mit ihrem Ausbilder. Anna und Michael dürfen mehrmals im Jahr in die Firmenzentrale nach Wien fahren, wo sie vertiefende Theorieschulungen erhalten.

Für diesen Lehrberuf muss man Freude am Umgang mit Menschen, logisch-analytisches Denken, gute mathematisch-rechnerische Fähigkeiten sowie eine selbstständige Arbeitsweise mitbringen.

Nach der Lehre stehen viele Beschäftigungsmöglichkeiten offen, da man sich in verschiedene Richtungen spezialisieren kann. Um selbstständig Kunden betreuen zu dürfen, müssen jedoch noch einige Prüfungen absolviert und viel Wissen angeeignet werden. Bei diesem Beruf ist lebenslanges Lernen sehr wichtig. Nach der Lehre möchten beide weiter in der Bank arbeiten.

AK LEHRLINGSREPORTER

NEWS AK FORDERUNG

Bessere Zeiten für Lehrlinge



Foto: auremar/Fotolia.com

Nachdem die Probezeit für Lehrlinge mit der Berufsausbildungsgesetz-Novelle 2000 von zwei auf drei Monate verlängert wurde und die Weiterverwendungszeit von vier auf drei Monate verkürzt, fordert die AK in ihrer jüngsten Vollversammlung rasche Änderungen. Für Lehrlinge und Gesellen sind solche Regelungen kontraproduktiv, denn gerade im Lehrverhältnis soll der Ausbildungszweck durch einen möglichst sicheren Vertragsbestand gewährleistet sein. Problematisch sieht die AK Tirol auch die verkürzte Weiterverwendungszeit: Diese dient der Erweiterung der erworbenen Fähigkeiten und gilt als begrenzte Berufspraxis. Der längere Verbleib ist auch aus arbeitsmarktpolitischer Sicht positiv zu bewerten.

Die AK Vollversammlung fordert daher den Bundesminister für Arbeit und Soziales auf, eine Änderung des Berufsausbildungsgesetzes zu initiieren und die Probezeit bei Lehrlingen auf einen Monat zu verkürzen sowie die Weiterverwendungszeit wieder auf vier Monate zu verlängern.

FACTS ARMUTSFALLE

Halber Lohn = Halbe Pension



Foto: contrastwerkstatt/Fotolia.com

Lange Teilzeitarbeit wirkt sich negativ auf die Höhe der Pension aus. Das trifft vor allem Mütter, die wegen der Kinderbetreuung oft nicht Vollzeit arbeiten können und denen auch später häufig der volle Einstieg ins Arbeitsleben nicht ermöglicht wird. Jede zweite berufstätige Frau in Tirol arbeitet Teilzeit (50 %). Tendenz steigend. Der spätere Umstieg auf Vollzeit ist auch deswegen oft schwer, weil die notwendigen Betreuungseinrichtungen samt geeigneter Öffnungszeiten fehlen. Was lange Teilzeitarbeit für Frauen bedeuten kann, illustriert folgendes Beispiel: Der Vergleich ist zwar schwierig, aber der Berufsverlauf zweier Verkäuferinnen mit gleichem Einstiegsgehalt zeigt, wie sich unterschiedliche Wiedereinstiegsmodelle auf die spätere Pension auswirken. Während die eine, Eva, nach den beiden Kindern mit Unterstützung ihres Mannes früher wieder einsteigt und zwar gleich in Vollzeitarbeit, bleibt die zweite Mama: Maria bleibt länger bei den Kindern zu Hause, arbeitet danach 18 Jahre Teilzeit und wechselt später in Vollzeit. Eva, die früher wieder voll eingestiegen ist, geht mit 62 Jahren vorzeitig in Pension und bekommt nach den heute geltenden Regeln 1.370 Euro Pension. Maria hingegen, die länger bei den Kindern geblieben ist und lange Teilzeit gearbeitet hat, bekommt am Berufsende 890 Euro Pension. Die Faustregel „Halber Lohn heißt halbe Pension“ ist also nicht von der Hand zu weisen.

Teilzeitboom als Bumerang

Langzeitfolgen. Der Schwerpunkt im Tiroler Arbeitsleben verschiebt sich immer stärker von Vollzeit- zu Teilzeitarbeit. Eine fatale Entwicklung, vor allem für die Frauen.

Einmal pro Woche zwei Stunden putzen, täglich fünf Stunden an der Kassa, halbtags als Kinderbetreuerin arbeiten: Teilzeitarbeit hat viele Gesichter und ist weiblich. Während Teilzeitarbeit in einigen Lebenssituationen die richtige Wahl sein kann, ist sie nicht immer freiwillig. Denn einer der wichtigsten Gründe ist, Kinder und Beruf unter einen Hut bringen zu müssen.

Teilzeit boomt. In Österreich arbeiten mehr als 1,1 Millionen Beschäftigte Teilzeit. Das ist die zweithöchste Teilzeitquote in der EU, nur die Niederländer schlagen uns, dort aber mit einem weit aus höheren Anteil an Männern, die beruflich kürzer treten wollen. Hierzulande ist und bleibt Teilzeit ein weibliches Phänomen. Allein in Tirol sind rund 89.000 Arbeitnehmerinnen in Teilzeit beschäftigt. Jede zweite berufstätige Frau in Tirol arbeitet Teilzeit! Tendenz steigend. Frauen müssen oft dazu verdienen, weil angesichts niedriger Löhne und hoher Lebenshaltungs- und Wohnkosten jeder Euro zählt. Andererseits können sie Familie und Beruf nur mit Teilzeitbeschäftigung bewältigen, weil es an Betreuungseinrichtungen samt geeigneter Öffnungszeiten mangelt, vor allem im ländlichen Raum. Aber Teilzeitarbeit hat massive Auswirkungen, nicht nur auf Karriere- und Berufschan-

cen. Teilzeitarbeit bietet außerdem nicht das Einkommensniveau einer Vollzeitarbeit. Das Durchschnittseinkommen einer teilzeitbeschäftigten Frau lag 2013 in Tirol bei 964 Euro netto im Monat. Das Einkommen bei einer Vollzeitarbeit lag mit 1.682 Euro netto pro Monat gleich um mehr als 700 Euro höher. Ganz abgesehen davon, dass finanzielle Selbstständigkeit nur mit einer Teilzeitarbeit angesichts des Preisniveaus in Tirol so gut wie unmöglich ist. Aber vor allem

heißt halber Lohn auch halbe Pension (siehe links). Eine Tatsache, die Frauen vor allem im Alter schmerzlich zu spüren bekommen können.

Das gilt rechtlich. Nichts desto trotz bleibt vielen nur diese Arbeitsform, um etwas dazu zu verdienen. Da heißt es auf jeden Fall, alle rechtlichen Bestimmungen zu kennen.

Teilzeitarbeit liegt vor, wenn die vereinbarte Wochenarbeitszeit die gesetzliche (40 Wochenstunden) oder eine kollektivvertraglich verkürzte Normalarbeitszeit (z. B. 38,5 Stunden im Handel)

unterschreitet. Ausmaß, Lage und Änderung dieser Arbeitszeit sind zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vereinbaren.

Teilzeitbeschäftigte sind zur Mehrarbeit nur dann verpflichtet, wenn keine berücksichtigungswürdigen Interessen der Mehrarbeit entgegenstehen (z. B. Kinderbetreuungspflichten). Bei teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern ist bei der Berechnung der Sonderzahlungen (Urlaubszuschuss und Weihnachtsremuneration) die regelmäßig geleistete Mehrarbeit zu berücksichtigen. Keine Einrechnung der Mehrarbeit in Sonderzahlungen erfolgt, wenn für die Mehrarbeit Zeitausgleich vereinbart wurde.

Keine Benachteiligung. Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer dürfen wegen der Teilzeitarbeit gegenüber vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern nicht benachteiligt werden. Auch geringfügig Beschäftigte sind arbeitsrechtlich betrachtet ganz normale Teilzeitbeschäftigte. Sie haben somit Anspruch auf Urlaub, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Sonderzahlungen, Abfertigung usw. Geringfügig Beschäftigte sind jedoch in der Sozialversicherung nicht voll versichert, sondern nur unfallversichert.



Foto: Dirk Koebnik/Fotolia.com

AK INFO

Die wichtigsten rechtlichen Details zu Mehrarbeit, Überstundenarbeit und Entlohnung sowie zu Zeitausgleich stehen in der neuen AK Broschüre „Teilzeitarbeit“, anzufordern unter 0800/22 55 22 - 1432 oder auf ak-tirol.com

Das gilt bei Weiterbildung

Gut zu wissen. Wenn Teilzeitbeschäftigte an einer Ausbildung teilnehmen, kommt es immer wieder zu arbeitsrechtlichen Problemen. Hier die Details.

Während des gesamten Berufslebens gilt: Eine gute Aus- und Weiterbildung ist der beste Kündigungsschutz. Aber vor allem bei Teilzeitbeschäftigten tauchen dabei jede Menge Probleme auf: Einige Arbeitgeber wollen die Ausbildungszeiten nicht als Arbeitszeiten anerkennen, manche Arbeitgeber schließen Teilzeitbeschäftigte sogar gänzlich von der Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen aus. Beides ist gesetzwidrig.

Keine Diskriminierung. Zunächst gilt der Grundsatz, dass Teilzeitbeschäftigte gegenüber Vollzeitbeschäftigten nicht benachteiligt werden dürfen. Nur sachliche Gründe dürfen zu einer unterschiedlichen Behandlung von Teilzeitbeschäftigten führen. Bei der Teilnahme an beruflich notwendigen Aus- und Weiterbildungen



Foto: Peter Muehlner/Fotolia.com

liegt aber sicher kein sachlicher Rechtfertigungsgrund vor, der einen Ausschluss von Teilzeitbeschäftigten rechtfertigen könnte. Denn sie benötigen diese Ausbildung für die Ausübung ihres Berufes genauso wie die Vollzeitbeschäftigten.

Arbeitszeit. Aus- und Weiterbildungen, die vom Arbeitgeber angeordnet werden, müssen als Arbeitszeit anerkannt werden. Im Einzelnen kann man aber unterscheiden: Die Teilnahme an der Ausbildung selbst

Lebenslanges Lernen. Die Anforderungen an das Wissen steigen stetig an.

(Zeit des Kursbesuches) gilt immer als volle Arbeitszeit. Und zwar egal, ob der Kurs innerhalb der sonst vereinbarten Arbeitszeit stattfindet oder außerhalb. Liegt der Zeitraum des Kurses außerhalb der sonst vereinbarten Arbeitszeit, etwa an einem Samstag, können daher auch zuschlagspflichtige Mehr- oder Überstunden anfallen. Wenn damit sogar die vorgeschriebene Wochenruhe durchbrochen wird, dann muss dafür vom Arbeitgeber eine Ersatzruhe gewährt werden.

An- und Abreisezeiten. Bei der Zeit, die man für die An- und Abreise zu einer angeordneten Aus- oder Weiterbildung benötigt, muss arbeitsrechtlich noch genauer unterschieden werden. Zunächst gilt der Grundsatz, dass Reise- und Aufenthaltszeiten (etwa das Warten am Bahnhof), die in der sonst vereinbarten Arbeitszeit liegen, immer als volle Arbeitszeit zählen – und zwar auch dann, wenn man während der

Reise nicht arbeitet, sondern z. B. eine Zeitung liest. Erfolgt die Reisebewegung aber außerhalb der sonstigen Arbeitszeiten (man muss etwa bereits um 6 Uhr früh wegfahren), dann hängt die Bewertung der Reisezeit als Arbeitszeit davon ab, ob man während der Reise arbeiten muss oder nicht. Muss man arbeiten, handelt es sich um volle Arbeitszeit, bei der auch Mehr- und Überstunden anfallen können. Arbeitet man nicht, kann für die Reisezeit eine geringere Entlohnung vereinbart werden. Einige Kollektivverträge sehen dafür ein „Reisesechstel“ oder ein „Reisefünftel“ vor. Würde keine geringere Entlohnung vereinbart, dann steht der volle Lohn zu. Übrigens: Das Lenken eines Pkw gilt immer als volle Arbeitszeit.



Foto: Signvision/Fotolia.com

GESETZLICH VERBOTEN

Keine Mehrarbeit bei Elternteilzeit

Bei einer Elternteilzeit ist zu beachten, dass gesetzlich ein „Mehrarbeitsverbot“ besteht. Das bedeutet, dass Arbeitnehmerinnen in Elternteilzeit vom Arbeitgeber keine Mehrarbeit angeordnet werden darf. Dies gilt auch für vom Arbeitgeber angeordnete Ausbildungen.

Diese müssen daher von Beschäftigten in Elternteilzeit nur dann besucht werden, wenn und soweit diese in die vereinbarte Arbeitszeit fallen. Das bedeutet aber auch: Aus- und Weiterbildungen, die außerhalb der vereinbarten Arbeitszeit stattfinden, dürfen vom Arbeitgeber nicht angeordnet werden, sondern sie können von Arbeitnehmern in Elternteilzeit nur völlig freiwillig besucht werden. Aber auch dann handelt es sich arbeitsrechtlich um volle Arbeitszeit, also meistens um Mehrarbeit, die entweder innerhalb des festgelegten Drei-Monats-Zeitraumes 1:1 als Zeitausgleich abgeboten werden kann oder – falls das nicht geschieht – mit einem 25prozentigen Zuschlag abzugelten ist.

Ältere brauchen Chancen

Perspektiven. Die Zahl der älteren Menschen steigt stetig an. Schon bald werden Beschäftigte über 45 Jahren die größte Gruppe in den Betrieben repräsentieren.

Arbeiterkammer-Präsident Erwin Zangerl: „Die Herausforderung wird sein, die Chancen der älteren Menschen in der Arbeitswelt zu erhöhen. Sie sollen die Möglichkeit haben, gesund, gut ausgebildet und motiviert ihrer Arbeit nachzugehen. Dazu braucht es eine altersgerechte Arbeitswelt, die den Bedürfnissen und Stärken dieser Gruppe entgegenkommt.“

Doch die aktuellen Zahlen zeigen, dass die Arbeitsorganisation in vielen Betrieben immer noch allzu sehr auf Beschäftigte unter 50 Jahren zugeschnitten ist. Für Ältere oder gesundheitlich Beeinträchtigte ist kein Platz mehr, sie werden häufig gekündigt und arbeitslos.

Die Zahlen belegen dies eindeutig. In Tirol nahm die Zahl der Arbeitslosen im Alter 50+ zwischen 2010 und 2014 um 61,6 % zu und machte mehr als die Hälfte der Gesamtzunahme der Arbeitslosigkeit aus.



Neue Arbeitsmodelle. Wer es schafft, als älterer Arbeitnehmer in Beschäftigung zu bleiben, muss dies oft mit erhöhtem Einsatz wettmachen. Vermehrte Gesundheitsprobleme bei den Beschäftigten sind häufig die Folge ständiger Arbeitsverdichtung und langer Arbeitszeiten: Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte in Österreich ist die höchste in der ganzen EU.

Knapp 800.000 Beschäftigte leisten mehr als sieben Millionen Überstunden in der Woche, also gut neun pro Woche und Person.

Faktum ist, dass in vielen Betrieben oft bis zum Umfallen gearbeitet wird. Wer krank wird, wer mit dem Tempo nicht mehr mithalten kann, wird häufig arbeitslos oder arbeitet, bis nichts mehr geht.

Ohne Arbeit. Den Über-50-Jährigen droht die größte Gefahr, arbeitslos zu werden.

Ein solches Beschäftigungssystem ist unmenschlich und verursacht unnötigen Druck und Leid. Es ist angesichts des steigenden Durchschnittsalters der Beschäftigten nicht zukunftsfähig, höchst verschwenderisch und unwirtschaftlich, denn Invalidität verursacht Jahr für Jahr Kosten in Milliardenhöhe.

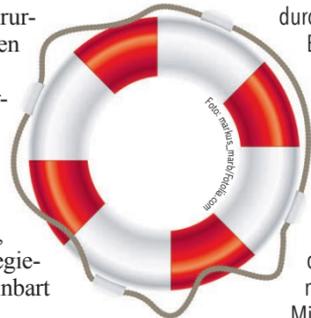
Aus diesem Grund fordert die AK Tirol auch die Umsetzung des Bonus-Malus-Systems für die Beschäftigung älterer Dienstnehmer, wie dies auch im Regierungsprogramm vereinbart wurde.

Bonus-Malus-System. Einerseits soll eine verbindliche Mindestbeschäftigungsquote für Ältere über 50 Jahren in den Betrieben festgelegt werden. Unternehmen, die die Fürsorgepflicht gegenüber den Arbeitnehmern nicht wahrnehmen und die Beschäftigungsquote nicht einhalten, müssen spüren, dass sie eine wichtige gesellschaftliche Pflicht nicht erfüllen. Das muss dann auch Geld kosten. Wer sich andererseits vorbildlich verhält, hat nichts zu befürchten und kann sogar mit einem Bonus rechnen.

SCHUTZHAUS

Starke Bilanz der AK Tirol

Die wichtigsten Aufgaben der AK Tirol sind der Einsatz für mehr Gerechtigkeit für die Beschäftigten und die konkrete Hilfe in ihrer Arbeits- und Lebenswelt. Und gerade in diesem Bereich konnten die AK Experten im letzten Jahr tausenden ratsuchenden Menschen helfen. Nicht eingerechnet sind weitere hunderte Millionen Euro, die sich die AK Mitglieder



durch die vorbeugende Beratung, rechtzeitige Intervention sowie wichtige rechtliche und steuerliche Hinweise der AK Profis erspart haben. 324.850 Beratungen wurden durchgeführt und mehr als 15,1 Millionen Euro für

die Mitglieder erkämpft. Die AK hat mit den Beiträgen ihrer Mitglieder äußerst umsichtig gewirtschaftet. Die Gesamteinnahmen betragen 2014 knapp 38 Millionen Euro. Der größte Teil der Mittel wurde vor allem für die direkte und umfassende Betreuung der Mitglieder in den Bereichen Arbeits- und Sozialrechtsberatung, Konsumentenberatung, Bildungs- und Jugendmaßnahmen aufgewendet. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit gilt der Generation Jugend. Von diesen Maßnahmen der AK Tirol profitierten vor allem Kinder, Jugendliche, Lehrlinge, Schüler und Studenten und auch deren Eltern.

AK FRAKTIONEN ZUM THEMA:

ARBEITSLOSIGKEIT IM ALTER

Erwin Zangerl, AK Präsident

Bonus-Malus für die „Besten Jahre“

Liste Erwin Zangerl, AAB-FCG



Ältere Arbeitnehmer brauchen wieder die Wertschätzung, die sie verdienen. Es sind nicht nur die körperlichen Tätigkeiten, auch Druck und Arbeitsklima wirken sich auf die Gesundheit aus. Studien belegen, dass das

Risiko, unter einer psychischen Arbeitsbelastung zu leiden, mit Alter, Arbeitsausmaß und bei Nacht- bzw. Schichtarbeit zunimmt. Dabei wäre es so wichtig, gesund zu altern. Die Wirtschaft fordert ja eine immer längere Erwerbstätigkeit. Aber dazu müssten Arbeitgeber für gesunderhaltende Jobs sorgen.

Die Lebensrealität sieht für viele in den „Besten Jahren“ leider meist anders aus: Kündigungen schon mit Ende 40 sind keine Seltenheit. Die Betroffenen sind dann „zu jung“ für die Pension, aber „zu alt“ für eine Arbeit. Und dann werden sie von manchen Kreisen als „Sozialschmarotzer“ abqualifiziert.

Dabei gäbe es eine Lösung: Das Bonus-Malus-System, das von 1996 bis 2006 galt. Betriebe, die Über-50-Jährigen eine Chance gaben, sparten sich den Arbeitslosenversicherungsbeitrag. Fürs Kündigen treuer Mitarbeiter gab es einen Malus. So könnten Ältere wieder die Wertschätzung erfahren, die ihnen zusteht. Zum Wohle aller.

Günter Mayr, Fraktionsvorsitzender

Arbeitslosigkeit endlich bekämpfen

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen



Die Arbeitslosigkeit bei Tirolerinnen und Tirolern, die über 50 Jahre alt sind, nimmt seit Jahren rapide zu. Einem steigenden Anteil von älteren Arbeitnehmern steht ein rückläufiger Anteil an jüngeren Arbeitnehmern

gegenüber, und dies hat große Auswirkungen auf fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Älteren Arbeitnehmern muss jedoch der Respekt entgegengebracht werden, den sie verdienen. Die Ablehnung älterer Arbeitskräfte auf Grund von Vorurteilen (zu teuer, unmotiviert, körperlich zu wenig belastbar) muss aufhören. Denn für uns sind Ältere das „verborgene Gold“ in Unternehmen, in die sie langjährige Berufserfahrung und hohes Pflichtbewusstsein einbringen.

Daher ist die Einführung eines Bonus-Malus-Systems unbedingt notwendig: Betriebe, die mehr ältere Arbeitnehmer beschäftigen, gehören belohnt! Diese praktikable Maßnahme wäre ein Anfang, um das Problem der überaus hohen Altersarbeitslosigkeit besser in den Griff zu bekommen. Denn jeder und jede Beschäftigte hat sich ein anspruchsvolles Arbeitsleben ein Leben lang verdient, und genau das müssen wir gewährleisten.

Helmut Deutinger, Fraktionsvorsitzender

Gegensteuern und neue Jobs schaffen

Grüne in der AK



Die Arbeitslosigkeit steigt und steigt und ganz dramatisch davon betroffen sind ältere Personen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Einen großen Anteil haben die Verschärfungen im Pensionsrecht, mit denen ei-

gentlich das Pensionsantrittsalter erhöht werden soll. Ältere Beschäftigte sind in der Regel teurer und es wird ihnen oft weniger Leistungsfähigkeit, mangelnde Belastbarkeit und Flexibilität unterstellt. Die Politik muss gegensteuern. Es muss für Unternehmen finanziell interessant sein, die Fähigkeiten von älteren Beschäftigten zu nutzen, aber auch – wenn notwendig – unangenehm, sollten sie dies nicht tun. Zudem sollten auch Aufträge und Förderungen der öffentlichen Hand an eine altersmäßig gut durchmischte Belegschaft gekoppelt werden. Durch eine schon längst fällige generelle Arbeitszeitverkürzung, die faire Verteilung der Arbeit und die Eindämmung der ausufernden Überstundenarbeit würden neue Jobs geschaffen. Außerdem wird es gesunde Arbeitsplätze und mehr flexible Modelle für den Pensionsantritt brauchen. Denn in einer immer älter werdenden Gesellschaft werden wir alle länger arbeiten müssen, damit am Ende nicht die Altersarmut winkt.

Franz Ebster, Fraktionsobmann

Das richtige Augenmaß finden

Freiheitliche Arbeitnehmer in der AK



Von den verschiedensten Seiten wird immer wieder eindringlich auf den Facharbeitermangel hingewiesen und es wird die Forderung nach Arbeitskräften aus dem Ausland hinzugefügt. Dabei

hätten wir eine große Anzahl an gut ausgebildeten Arbeitskräften hier im Lande. Das einzige Handicap, das diese Arbeitskräfte haben, ist ihr Alter. Denn hat man die 50 überschritten, ist es trotz guter Ausbildung und dem Willen zur Arbeit kaum mehr möglich, eine entsprechende Arbeitsstelle in unserem Land zu bekommen. Mit einem Bonus-Malus-System, wie es von der Regierung angedacht wird, könnte man Verbesserungen für diese vorhandene und nicht genutzte große Gruppe an Arbeitskräften erreichen. Die Schwierigkeit dabei ist allerdings das richtige Augenmaß zu finden, um Mitnahmeeffekte zu verhindern und andererseits Betriebe nicht zum „Ausflagen“ zu animieren. Aber auch Gemeinden, Städte, und das Land können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, indem sie Menschen mit 50+ beschäftigen. Sicher ist: Dieses Thema wird auch in nächster Zeit auf der Tagesordnung bleiben.

INFOS FORDERUNGEN

Schluss mit dem Selbstbehalt



Symbobiki | Foto: Robert Przybyl/Fotolia.com

Wenn im Krankenhaus über den Jahreswechsel hinaus stationär behandelt wird, muss in beiden Jahren Verpflegungskostenbeitrag bezahlen. Dies gilt auch für die Selbstbehalte bei Kindern und Jugendlichen. Für die Arbeiterkammer Tirol eine unverständliche Regelung, deshalb verlangt sie vom Land hinsichtlich der Verpflegungskosten eine faire Lösung. Ebenso wird der Bund aufgefordert, den Selbstbehalt für Kinder und Jugendliche bei Spitalsaufenthalten überhaupt abzuschaffen. Dieser wird übrigens bereits mit der Geburt schlagend: Während für ein gesundes Neugeborenes keine Kosten anfallen, muss für ein krankes Baby Selbstbehalt bezahlt werden. Damit muss Schluss sein, so der Tenor in der jüngsten AK Vollversammlung.

Heime brauchen Therapeuten

Der veraltete Personalschlüssel für die Tiroler Heime entspricht nicht mehr den Anforderungen: Dringend nötige Therapeutenstellen sind nicht separat vorgesehen und diese Fachkräfte werden sogar abgezogen, wenn es darum geht, den Pflegeschlüssel zu erfüllen. Die Vollversammlung der AK Tirol fordert daher das Land auf, den veralteten Personalschlüssel durch einen neuen, gesetzlich geregelten adäquaten Personalschlüssel zu ersetzen, der endlich die Schaffung von Therapeutenstellen für die Tiroler Altenwohn- und Pflegeheime vorsieht.

Kein Herz für Kinder

Reha-Zentren. Noch immer warten betroffene Kinder und Jugendliche auf eigene Reha-Betten. Die AK Tirol fordert nun Taten.

Die Zahlen zur Situation bei den Rehabilitationszentren für Kinder und Jugendliche in Österreich können getrost als Skandal gedeutet werden: Nur 52 Betten stehen zur Verfügung und zwar für bis zu 6.000 junge Patienten jährlich. Und noch immer zeichnet sich keine Lösung für die prekäre Situation ab. Dabei wäre die Finanzierung von 343 Reha-Betten seit fast einem Jahr gesichert, belegt

werden konnte bisher jedoch kein einziges. Denn noch immer wird diskutiert, wo die vier geplanten Zentren entstehen sollen. Für die AK Tirol unverständlich und fahrlässig: Sie fordert in ihrer jüngsten Vollversammlung einstimmig ein Ende der Diskussionen und den sofortigen Baubeginn dieser so wichtigen Einrichtungen.

Ausgebremst. Ausgetragen werden die politischen Geplänkel rund um Standort und Betreibergesellschaften auf dem Rücken der Schwächsten – für Österreichs Kinder und Jugendliche heißt es deshalb weiter: „Bitte warten.“ Denn was für Erwachsene selbstverständlich und in Deutschland schon längst institutionalisiert

ist, gibt es hierzulande nicht. Den etwa 8.000 kindergerechten Reha-Betten in Deutschland stehen in Österreich gerade einmal 52 Betten gegenüber. Die Situation, dass zu wenige Betten für die Rehabilitation von Kindern und Jugendlichen vorhanden sind, führt zu krassen Auswüchsen: Denn während etwa ein zwölfjähriger Tumorpatient nach Operationen und Chemotherapie nicht auf Reha geschickt, sondern nach Hause entlassen wird, hätte ein 55-jähriger übergewichtiger und nicht mehr arbeitsfähiger Diabetiker die Möglichkeit eines Reha-Aufenthaltes in einer entsprechenden Einrichtung. Nicht nur für die Betroffenen ist dies ein herber Schlag ins Gesicht, müssen doch die Angehörigen nach anderen Möglichkeiten suchen und sind so gezwungen, nach Deutschland auszuweichen – dort können sich die Reha aber nur die wenigsten leisten.

Endlich handeln. Für die AK Vollversammlung ein unhaltbarer Zustand: Sie fordert den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger sowie den aktuellen Vorsitzenden der Landeshauptleutenkonferenz, Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll, auf, Sorge zu tragen, dass die Diskussionen rund um die Errichtung der geplanten Reha-Zentren endlich beendet und die Bautätigkeiten unverzüglich aufgenommen werden.



Foto: Shootmarka/Fotolia.com

Unhaltbare Situation. Derzeit stehen in Österreich lediglich 52 Reha-Betten für jährlich bis zu 6.000 junge Patienten zur Verfügung.

NEWS UNTERSTÜTZUNG

Ein Rollstuhl für Sandro

Seit Jahren war Frau M. auf der Suche nach einem geeigneten Pflegestuhl, um mit ihrem schwer behinderten Pflege Sohn Sandro ins Freie zu kommen. Nach vielen Anstrengungen fand sie schließlich ein geeignetes Modell, das den Bedürfnissen des jungen Mannes entsprach. Frau M. konnte mit einiger Mühe auch die Finanzierung des teuren Gerätes sichern, doch dann die Enttäuschung: Selbst nach einer



Symbobiki | Foto: Jaren Wicklund/Fotolia.com

wochenlangen Eingewöhnungsphase konnte sich Sandro nicht an den neuen Stuhl gewöhnen. Hinzu kam das mühevollen Schieben, das sich für die Pflegemutter letztendlich als zu beschwerlich erwies. Am Ende ihrer Kräfte kontaktierte Frau M. verzweifelt die AK und bat um Unterstützung.

Obwohl aus rechtlicher Sicht der abgeschlossene Vertrag mit der Verkäuferin Ligamed GmbH nicht mehr rückabgewickelt werden konnte, setzten sich die AK Experten mit dem Unternehmen in Verbindung. Gemeinsam wurde nach einer Lösung gesucht und Ligamed organisierte einen Rollstuhl mit elektronischer Schiebehilfe. Außerdem vermittelte Ligamed das gebrauchte Modell an das Medicent Innsbruck, welches zwar keinen Bedarf an einem derartigen Modell hatte, dieses aus sozialen Erwägungen aber dennoch ankaufte.

Schließlich steuerte der Unterstützungsfonds der AK Tirol die Differenz zwischen Verkaufspreis und neuem Modell bei, sodass Sandro – jetzt mit dem für ihn passenden Rollstuhl – mit seiner Pflegemutter bereits die Sonne im Freien genießen konnte.

Profis für Diagnose & Therapie

Medizin-Technik. Für einen raschen Therapieerfolg sind oft viele Spezialisten notwendig. Radiotechnologen ebenso wie Orthoptisten, die vielen dem Namen nach unbekannt sind.

Seit dem Jahr 1895, als W. C. Röntgen die nach ihm benannte Strahlung entdeckte, hat die Radiologie eine rasante Entwicklung durchgemacht: Heute werden nicht nur Röntgenstrahlen, sondern auch Ultraschallwellen und Magnetfelder zur Bildherzeugung verwendet.

In diesem Arbeitsumfeld sind die Radiologietechnologen tätig. Sie wenden nach ärztlicher Verordnung ionisierende Strahlen bei der Untersuchung und Therapie von Patienten an und führen Skelett- oder Lungenröntgen, Mammographien, Ultraschall, Computertomographien sowie Magnetresonanztomographien ebenso durch wie Untersuchungen, bei denen Kontrastmittel eingesetzt werden.

Wichtige Aufgaben. Der Einsatz energiereicher Strahlen beschränkt sich nicht nur auf die Untersuchung.



Foto: Tye O'Donnell/Fotolia.com

Kompetent. Radiotechnologen sind wichtige Helfer für Diagnose und Therapie.

Sie werden in der Strahlentherapie auch zur Heilung von Krankheiten angewendet. Hier kommen Radiologietechnologen im Rahmen eines multidisziplinären Teams wesentliche Aufgaben zu, wie etwa die Erstellung eines Therapieplanes

oder die Umsetzung der Bestrahlungseinstellungen. Zudem sind sie für die Planung, Durchführung und Optimierung von Untersuchungen bzw. Behandlungen, Dokumentation, Qualitätssicherung und -kontrolle verantwortlich.

Im Hintergrund. Ein weiteres Berufsbild der gehobenen medizinisch-technischen Dienste ist der Orthoptische Dienst. Dieser relativ unbekannt Beruf wird immer wieder mit dem Begriff der „Orthopädie“ verwechselt. Allerdings befassen sich Orthoptisten mit Sehstörungen wie Schielen, Sehschwächen, Doppelbildern oder Gesichtsfeldausfällen, wobei sie nach ärztlicher Anordnung sowohl diagnostisch, als auch therapeutisch tätig sind. Das Einsatzspektrum reicht unter anderem von der Bestimmung von Fehlsichtigkeit und Sehschwächen über die Feststellung angeborener und erworbener Augenmuskellähmungen bis hin zur Betreuung von Kontaktlinsenträgern.

Neben den Augen spielt im Alltag auch die Sprache eine wichtige Rolle. Welche Berufsgruppe sich damit befasst, erfahren Sie in der nächsten Ausgabe.

CHECK TRANSPARENZ

Keine Panik bei Pensionen

Mit Horrarszenarien wird Stimmung gegen unser Pensionssystem gemacht. Dabei sind die Pensionen der Arbeitnehmer zu 93 % aus Eigenbeiträgen gedeckt, betont AK Präsident Erwin Zangerl. Die AK Tirol fordert deshalb von der Regierung mehr Transparenz bei den gesetzlichen Pensionsausgaben, statt unnötiger Panikmache. Auch wenn die Bevölkerung altert, sind die erwarteten Kostensteigerungen für die Pensionen keineswegs dramatisch. Das bewirken vor allem die vielen bereits durchgeführten Pensionsreformen. Am Prüfstand sieht die AK die Pensionssysteme der Bauern und Selbstständigen: Die Bauern leisten nur 8 %, die Selbstständigen 53 % Eigenbeiträge. Zuerst sollten alle Berufsgruppen gleich viel in die Pensionsversicherung einzahlen. Zudem müssen endlich auch die Pensionsbeiträge der Beamten veröffentlicht und fair argumentiert werden.

Reformbedarf bei Maklergebühren

Ein Umzug allein kostet schon eine Stange Geld. Und Maklerprovisionen haben einen beachtlichen Anteil daran. „Diese Kosten zählen mit zu den Preistreibern beim Wohnen“, betont AK Präsident Zangerl. Deshalb fordert die AK Tirol, dass das sogenannte Auftragsprinzip eingeführt und die Provisionshöchstsätze umgehend gesenkt werden. Künftig sollte – wie in Deutschland – derjenige den Makler bezahlen, der diesen beauftragt hat, und das ist meist der Vermieter. Außerdem sollten Provisionen bei befristeten Mietverhältnissen generell höchstens eine Bruttomonatsmiete betragen und die Anschlussprovision entfallen. Beim Immobilienkauf sollte die Vermittlungsprovision aus Sicht der AK Tirol auf 2 % gesenkt und ebenfalls vom Auftraggeber – meist dem Verkäufer – bezahlt werden. Deshalb wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Änderungsvorschlag für die Immobilienmaklerverordnung einzubringen.



THEMA AK FORDERUNG

Zweckwidmung schafft Wohnraum

Obwohl das teure Wohnen in Tirol Dauerthema ist, bleibt die Politik Lösungen schuldig. „Eine unserer zentralen Forderungen lautet, dass die Wohnbauförderungsmittel endlich wieder zweckzuwidmen sind“, erklärt AK Präsident Erwin Zangerl. „Jetzt sind Prioritäten zu setzen, wir brauchen leistbaren Wohnraum! Deshalb muss der Finanzminister bei den Finanzausgleichsverhandlungen mit den Ländern auf die Wiedereinführung der Zweckwidmung bestehen. Die WBF-Gelder sollen dann ausschließlich zum Schaffen von Wohnraum verwendet werden.“

Die Zweckwidmung betrifft den WBF-Beitrag, den Arbeitnehmer und Betriebe in Höhe von (gemeinsam) 1 % des Bruttolohnes leisten müssen. Diesen zweckzuwidmen, wird auch vom „Josefi-Treffen“, einer Vereinigung von mehr als 50 Tiroler Sozialeinrichtungen, nachdrücklich verlangt sowie im Rahmen der Resolution zum Josefstag am 19. März 2015 von Diözese Innsbruck, KAB Tirol, AK Tirol und ÖGB Tirol (die TAZ berichtete).

Außerdem ist für die AK zu hinterfragen, warum Vollerwerbs-Landwirte und Selbstständige keine WBF-Beiträge leisten, in Tirol aber dennoch WBF beziehen können, sowie die Finanzierung der einkommensunabhängigen Sanierungs-offensive aus WBF-Mitteln.

Nein zu Konzern-Sonderrechten

Seit Mitte Mai läuft eine von der AK unterstützte europäische Kampagne gegen das sogenannte *Investor-Staat-Schiedsverfahren* oder „ISDS“ im Rahmen von TTIP. Es geht dabei um ein Sonderklagerecht für Konzerne. Diese können Staaten verklagen, wenn eine bestimmte Regulierung als geschäftsschädigend eingestuft wird. Sie können jetzt die EU-Abgeordneten auffordern, sich dagegen auszusprechen. Gleich mitmachen unter www.no2isds.eu

Der Anfang vom Ende

„Eine Woche 2044“. Ein Zeitzeuge beleuchtet die Zeit von 2025 bis 2040 und spricht über 15 Jahre Systemregierung und wie ein Impfskandal das Ende des autoritären Regimes einläutete.

SERIE EINE WOCHEN 2044, V

von Dr. Lothar Müller

Für die Politikwissenschaft gelten die 15 Jahre der „Grauen Systemregierung“ von 2025 bis 2040 eindeutig als „neoautoritär“. „In vielen Ländern Europas herrschten Regierungen, die alles dem Sicherheitsaspekt unterworfen haben, richtig manisch. Vor allem die Sozial- und Gesundheitspolitik. Dass auch deren Qualität wesentlich zur Sicherheit gehört, war für sie völlig fremd. Und sie taten sich anfangs ja leicht: Es gab ja wirklich schwere Versäumnisse ihrer

Vorgänger – etwa bei Maßnahmen gegen den rasanten Klimawandel oder die existenzbedrohenden Spekulationsmilliarden. Und es gab zweifellos viele Elemente, die sich mit autoritären und faschistischen Regimen des 20. Jahrhunderts vergleichen lassen. Aber so weit ist es doch nicht gekommen – einige Umstände haben das verhindert. Aber es war nicht ungefährlich“, so ein Experte.

2036: Der Impfskandal. Gefragt nach den geänderten Umständen melden sich Vertreter der EU und einige der christlichen Kirchen zu Wort. Bei beiden spielt der große „Impfskandal“ Mitte der Dreißigerjahre eine bedeutende Rolle. 2036 wollte der von der Regierung eingesetzte Bürgermeister einer Landeshauptstadt Kindern

notwendige Impfungen verweigern. Und zwar jenen Kindern, deren Familien die „Gesundheitskostenquote“ überschritten hatten. Es betraf Tausende, und diese sollten dann in sogenannten „Quarantäneklassen“ unterrichtet werden. Es ging ein Aufschrei durch die personalisierten Medien, der schließlich auch das noch vorhandene Rechtssystem der EU auf den Plan rief. „Die Kommission hat nach langen Diskussionen wirklich Mut aufgebracht. Und neben der Ausgrenzung der Kinder auch gleich die Versuche der vollständigen Netzzensur rechtlich unterbunden. Damit hat auch die EU wieder politisch zu leben begonnen. Der Impfskandal war eigentlich das Ende dieser Art von Regieren“, erklärt ein Zeitzeuge die dramatischen Ereignisse von damals.

Keine Wahlempfehlungen. „Vielleicht waren wir politisch zu naiv. Aber wir hätten nie geglaubt, dass die sinkende Wahlbeteiligung und die Reduktion der Wahlen solche Folgen haben könnten“, sagt ein hochrangiger Kirchenvertreter heute. „Was uns als Kirchen generell gestört hat: Es war ein eiskaltes Regierungssystem, das nur auf Zahlen gesetzt hat. Da gab es keine menschlichen Regungen mehr. Alles eine Frage der Quoten. Selbstverständlich, ohnehin jetzt bekannt: Auch die Kirchen wurden vor der zweiten Wahl erpresst. Mit der Forderung, eine Wahlempfehlung abzugeben. ‚Wahlempfehlung oder nicht mehr öffentlich‘ – so die Alternative. Sie wissen alle, in welche Konflikte wir als Kirchen gekommen sind. Aber unsere Ablehnung war richtig.“

NEWS VORTRAGSREIHE

Europa und die Solidarität

Eurokrise, soziale, politische Auseinandersetzungen und Vertrauensverlust: Eine Diskussion über die Probleme und Aspekte der Entwicklung der Europäischen Union birgt brisanten Gesprächsstoff. Vor diesem Hintergrund äußern sich unter dem Motto „Solidarisches Europa“ Christine Bauhart, Frank Deppe, Silke Ötsch und Neva Löw am Dienstag, dem 23. Juni, um 18.30 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck, Maximilianstraße 7. Die Veranstaltung – moderiert von Alexandra Weiss – findet im Rahmen der Vortragsreihe „Ein anderes Europa: Konkrete Utopien und gesellschaftliche Praxen“ statt und ist eine Kooperation von Büro für Gleichstellung und Gender Studies der Uni Innsbruck, AK Tirol, ÖGB Tirol und AMS Tirol. Anmeldung erforderlich unter 0800/22 55 22 – 1930 oder per eMail an johann.ofner@ak-tirol.com

Jetzt auf ins Ausland!

Junge Tiroler. Mit AK Rückenwind zum Pferdeprojekt nach Finnland, mit Kindern in Polen arbeiten oder Filmemachen in Cornwall.

Im Rahmen von AK Rückenwind gibt es in den nächsten Monaten neue spannende Projektplätze für junge Tirolerinnen und Tiroler ab 17 Jahren in Europa!

Back to nature. Vom 22. Juni bis 21. August können junge Tiroler in *Kokkola in Finnland* zwei Monate lang Teil eines internationalen Teams sein und an der Renovierung alter Gebäude und bei Gartenarbeiten mitwirken.

Film ab! Unter dem Motto „Star Gazy Culture“ können Jugendliche mit dem Filmemacher James Stier vom 7. Juli bis 6. August in *Cawsand in Großbritannien* gemeinsam Kenntnisse über die Kunst des Fil-

mens sammeln und das Erlernte in einem eigenen Film umsetzen.

Mit Spaß dabei. Mit Kindern in Polen arbeiten heißt die Devise ab 1. September. Da startet ein interessantes Projekt in *Kielce in Polen*, bei dem junge Tirolerinnen und Tiroler für insgesamt neun Monate in einem Kindergarten und einem Haus für Kinder mit Behinderung wertvolle Berufs- aber vor allem Lebenserfahrung sammeln können.

Galopp & Abenteuer. Ab Juli bietet die AK zwei Jugendlichen Plätze in einem

Pferdegestüt in *Nykarleby in Finnland* an. Eine besondere Chance für Pferdefreaks oder solche, die es noch werden wollen, mit Pferdepflege, Stallarbeiten bis hin zu Reitunterricht mit Gruppen!

Tipps & Infos. Anreise, Unterkunft, Verpflegung, Taschengeld und Sprachkurs werden von der AK Tirol und dem EU Programm ERASMUS+ „Jugend in Aktion“ übernommen. Es warten noch zahlreiche weitere Angebote!

Anmeldung

Einfach anmelden bei AK Tirol, Rückenwind, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck, Tel. 0800/22 55 22 – 1212 bzw. rueckenwind@ak-tirol.com Mehr auf ak-tirol.com



IMPRESSUM



AK TIROLER ARBEITERZEITUNG – AK AKTUELL

Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Medieninhaber und Herausgeber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7
Redaktion: Dr. Elmar Schiffkorn, Mag. Christine Mandl, Gertraud Walch, Mag. Henrik Eder, Armin Muigg
Fotos: AK, www.fotolia.com
Druck: Intergraphik GmbH, 6020 Innsbruck, Ing. Ezelstraße 30

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25 (2): Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7; Präsident: Erwin Zangerl; Aufgabenstellung: Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die im Arbeiterkammergesetz 1992 BGBl. Nr. 626/1991 idGF festgehalten sind.

Die von der AK Tirol angebotenen Leistungen kommen ausschließlich ihren Mitgliedern zugute. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.